



Leitlinien zur Kommunal- wahl 2009



DIE LINKE.
NORDRHEIN-WESTFALEN

Aus dem Inhalt

Für soziale Gerechtigkeit und umfassende Demokratie vor Ort	3
1. Öffentlich, weil's wichtig für alle ist!	4
2. „Gute Arbeit“ fördern – in der und durch die Kommune	6
3. Statt Armut – menschenwürdiges Leben für alle!	9
4. Sozialtarife und Nulltarife auf lebensnotwendige Güter	11
5. Für soziale und ökologische Städte und Gemeinden!	11
6. Global denken – lokal handeln!	14
7. Für eine sozial-ökologische Verkehrswende – Mobilität für alle!	17
8. Starke, freie, selbstbewusste Kinder – Bildung: ein universelles Menschenrecht!	19
9. Für die Rechte der Jugend	25
10. Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit	27
11. Für ein gleichberechtigtes und solidarisches Miteinander – Integration vor Ort gestalten	28
12. Für gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen – gegen Ausgrenzung	30
13. Altern in Würde ist ein unveräußerliches Menschenrecht	31
14. Zugang zur Kultur für Alle	33
15. Ausreichende Sport- und Freizeiteinrichtungen	34
16. Für den Ausbau kommunaler Demokratie	35
17. Faschismus und Neofaschismus ist keine Meinung – sondern ein Verbrechen	37
18. Für eine kommunale Friedenspolitik	39
19. Kommunalfinanzen verbessern – kommunale Daseinsvorsorge sichern	40
20. Für eine demokratische und soziale Regionalentwicklung und Bodenordnung	43
Mit der Linken für soziale Gerechtigkeit und umfassender Demokratie vor Ort . . .	46

Für soziale Gerechtigkeit und umfassende Demokratie vor Ort!

DIE LINKE steht für eine soziale, ökologische und solidarische Politik. Wir sind die Alternative zu den etablierten Parteien und deren Wirtschafts-, Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik.

Das Leben in den Kommunen verändert sich durch eine fortschreitende soziale Spaltung in Reich und Arm, in „Besserverdienende“ und Menschen, die für Niedriglöhne arbeiten müssen oder erwerbslos sind. Dies führt zu Verarmung und Spaltung, Ausgrenzung und Demütigung.

Wir kämpfen dafür, dass in unseren Städten und Gemeinden niemand in die soziale Isolation gedrängt wird. Für alle muss gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe gesichert werden.

Soziale Gerechtigkeit vor Ort erfordert soziale, solidarische und ökologische Kommunen.

Deshalb treten wir ein für:

- Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Bildung, umweltfreundliche Mobilität, Kultur und Freizeit für alle;
- grundlegende Bedarfssicherung für alle durch öffentliche Daseinsvorsorge in demokratischer Kontrolle statt Privatisierung;
- Nein zu den Hartz-Gesetzen, und - solange sie noch in Kraft sind - die Dämpfung ihrer unsozialen Folgen;
- gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben statt Diskriminierung, für Mann und Frau, Junge und Alte, Behinderte und Nichtbehinderte, Sicherheit und Integration für Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlinge statt Ausgrenzung;
- Zugang zu sozialer und schulischer Bildung, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, Ganztagsplätze in Kindergärten und Schulen für alle Kinder und Jugendliche;
- umfassende demokratische Mitwirkung, die Menschen müssen auch außerhalb von Wahlen an allen grundsätzlichen Entscheidungen, wie der Haushaltsplanung, beteiligt sein.

Wir wollen soziale, lebenswerte und demokratische Städte und Gemeinden in ganz Nordrhein-Westfalen.

Wir sagen gleichzeitig, dass dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn der Einfluss der Privatbanken, Fonds und Großkonzerne auf die politischen Entscheidungen in NRW und seinen Kommunen entscheidend zurückgedrängt wird. Davon wird abhängen, ob die in diesem Programm geforderten Alternativen durchgesetzt werden können.

1. Öffentlich, weil's wichtig für alle ist!

Ein guter öffentlicher Dienst und eine bedarfsgerechte öffentliche Infrastruktur sind unverzichtbarer Bestandteil sozialer Gerechtigkeit, sozialer Demokratie und eines guten Lebens. Effektive und preiswerte Dienstleistungen und Güter von Kommunen und kommunalen Unternehmen werden immer seltener, aufgrund von Globalisierung, europäischer Integration und neo-liberalem Wettbewerb. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat die Gemeindeordnung geändert und so die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen weiter erschwert. Sie dürfen künftig nur noch bei einem „dringenden öffentlichen Zweck“ tätig werden und auch nur dann, wenn private Unternehmen diese Aufgabe „nicht mindestens ebenso gut und wirtschaftlich“ erledigen können. Dieses Prinzip lehnen wir entschieden ab. DIE LINKE setzt sich für eine Rücknahme dieser Gesetzesänderung ein und wird zusammen mit den Gewerkschaften dagegen vorgehen.

Mit der Ideologie „Privat vor Staat“ gefährden CDU und FDP die wirtschaftliche Festigung kommunaler Unternehmen und die Zusammenarbeit dieser Unternehmen in einer Region. Die Landesregierung ist dabei, das gewachsene Gefüge öffentlicher Unternehmen zu zerstören.

Seit Jahren verhindert DIE LINKE vor Ort, dass städtische Unternehmen für Gewinninteressen privatisiert werden, weil sonst notwendige Investitionen unterbleiben, hinausgezögert werden.

Inzwischen werden, nicht nur in der Abfallwirtschaft, privatisierte Unternehmen in kommunales Eigentum zurückgeführt. Immer mehr Menschen erkennen: Privatisierte Unternehmen sind nicht leistungsfähiger und preisgünstiger. Deshalb werden auch wieder zunehmend kommunale Unternehmen gegründet.

DIE LINKE tritt ein für:

- ein möglichst breites und qualitativ gutes Angebot an Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Kommunale Unternehmen haben einen sozialen Auftrag und sind dazu verpflichtet, die sozialen Grundrechte der Einwohnerinnen und Einwohner durch soziale Dienstleistungen und einer sozialen Tarifstruktur einzulösen;
- Rekommunalisierung: Privatisierte Stadtwerke müssen in öffentliche Hand. Die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten müssen gestärkt werden und die Verbraucherinnen und Verbraucher, sowie der Betroffenen-Organisationen in Entscheidungen der Unternehmensführung und Tarifstruktur unmittelbar einbezogen werden;
- die Stärkung kommunaler Unternehmen, damit sie auf ihren regionalen Markt wirksam Einfluss nehmen können. Die Energieversorgung hat im öffentlichen Eigentum zu erfolgen;
- kommunale Wohnungsunternehmen sollen nicht nur einen Mindestbestand an gut erhaltenen Wohnungen besitzen, sondern auch den Neubau von preiswertem Wohnraum mit öffentlicher Förderung sicherstellen und damit Einfluss auf die kommunale Mietpreisbildung nehmen;



- kommunale Krankenhäuser als notwendiger Bestandteil öffentlicher Gesundheitsversorgung;
- eine Vorbildfunktion von Kommune und städtischen Unternehmen als Arbeitgeber: gute Bezahlung, Qualifizierung und Ausbildung, interkulturelle Kompetenz der Verwaltung, Geschlechtergerechtigkeit und Einhaltung von Ausbildungsquoten;
- Tarifbindung und Rückführung von Leistungen in öffentliche Verantwortung, wie bei Sicherheit, Wachdiensten, Fahrdiensten, Friedhöfen, Reinigung, Wäschereien, Schul- und Hausverwaltungen;
- den Erhalt und die Stärkung der Sparkassen, denn die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten und die Krise bei der Westdeutschen Landesbank dürfen nicht auf den Schultern der kommunalen Sparkassen ausgetragen werden;
- Privatisierung oder Teilprivatisierung von Sparkassen lehnen wir ab;
- kommunale und regionale Zusammenschlüsse als Alternative zu drohenden Privatisierungen, insbesondere im ländlichen Raum;
- die Gewährleistung der Kontrolle und Überprüfung der Zwecke der städtischen Unternehmen durch Rechnungsprüfungsausschuss und Rechnungsprüfungsamt zu verbessern. Entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden. Die Kommunen ihrerseits müssen städtische Unternehmen effektiv kontrollieren;
- gegen Zusammenwirken mit privaten Unternehmen in sogenannten Public Private Partnership Projekten. Während die Privaten die Gewinne machen, sollen Städte und Gemeinden die Risiken tragen. Bestehende Verträge dieser Art, auch langfristige Mietverträge und Ausgliederungen von weiteren Dienstleistungen, sind offen zu legen.

2. „Gute Arbeit“ fördern – in der und durch die Kommune

Landkreise und Kommunen sind in mehrfacher Hinsicht wichtige Wirtschaftsfaktoren. Trotz der drastischen Umverteilung finanzieller Mittel von unten nach oben tragen die Kommunen nach wie vor den Großteil der öffentlichen Investitionen. Sie investieren fast vier Mal so viel wie der Bund fast drei Mal so viel wie die Bundesländer. Gleichzeitig sind vor allem die Großstädte und ihre kommunalen Betriebe große Arbeitgeber, die eine wichtige Rolle auf dem Arbeitsmarkt spielen. Schließlich haben Landkreise und Kommunen wichtige Aufgaben im Bereich der Wirtschaftsförderung, sei es bei der Ansiedlung von Unternehmen, der Bereitstellung von Grundstücken und Infrastruktur oder bei der „Bestandspflege“.

DIE LINKE NRW ist für den Erhalt und Ausbau dieser Aufgaben.

Kommunale Selbstverwaltung ist ohne „Selbstwirtschaft“ nicht möglich. Deshalb lehnen wir die drastischen Einschränkungen für die Kommunalwirtschaft ab, die die schwarz-gelbe Mehrheit im Landtag unter der Losung „Privat geht vor Staat“ mit der Verschärfung des Wirtschaftsverbotes in § 107 Gemeindeordnung beschlossenen hat. Wir sind jedoch auch für eine Verbesserung der Qualität und der demokratischen Kontrolle der kommunalen Wirtschaft, d. h. für eine breite Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungen. Die Kommunalwirtschaft darf nicht „Beutegut“ der jeweiligen Ratsmehrheit werden. Vielmehr müssen die Kommunen sowohl mit ihren Wirtschaftsbetrieben und „ihren“ Beschäftigten als auch mit der Auftragsvergabe und der Wirtschaftsförderung vorbildlich umgehen. Dazu gehört, dass sie menschenwürdige, existenzsichernde „gute“ Arbeit fördern statt Mini-Jobs, Niedriglöhne und Leiharbeit.

Wie dringend dies ist, belegt die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. In Nordrhein-Westfalen waren im Juni 2008 insgesamt 753.510 Menschen arbeitslos gemeldet, 99.000 weniger, als ein Jahr zuvor. Die Arbeitslosenquote sank damit zwar innerhalb von einem Jahr von 9,5 auf 8,4 %. Doch nicht nur regional gibt es in NRW große Unterschiede. So lag die Arbeitslosenquote in Coesfeld/Borken bei 4,3 %, in Gelsenkirchen und Dortmund bei 13,2 %. Auch die Anzahl der Langzeitarbeitslosen ist mit 335.500 Menschen in NRW (44,5 % der arbeitslos Gemeldeten) nach wie vor hoch. Außerdem besteht ein großer Teil der zusätzlichen Beschäftigung aus Leiharbeit und Billigjobs, die oft deutlich unter dem von der LINKEN geforderten Mindestlohn liegen. Die Anzahl der Leiharbeiter hat sich in den letzten 10 Jahren mehr als verdreifacht.

Trotz hoher Profitsteigerungen gerade bei den großen Konzernen und Banken ist die Hochkonjunktur der letzten Jahre an den meisten Menschen vorbeigegangen. Die Folgen der Strukturkrisen in Nordrhein-Westfalen sind noch lange nicht überwunden. Die Deindustrialisierung hinterließ in den Landkreisen und Städten des Ruhrgebiets nicht nur viele Brachflächen, sondern ein großes Potenzial an brachliegendem „Humankapital“. Die Ausweitung des Dienstleistungssektors hat die Pro-

bleme nicht gelöst. Wir sind für die Stärkung der industriellen Basis im Rahmen eines ökologischen, nachhaltigen Wirtschaftens und für Projekte zur Stärkung der „Lokaler Ökonomie“.

Der wirksamste Weg aus Armut und Ausgrenzung durch Arbeitslosigkeit ist es, den Menschen Wege in sinnvolle, menschenwürdige Tätigkeiten ohne Zwang zu öffnen, von denen sie leben können. Der erste Arbeitsmarkt wird diese Aufgabe nicht bewältigen, die Hartz-Gesetze sind dazu völlig ungeeignet. Neben dem Ausbau des gemeinwirtschaftlichen Sektors brauchen wir mehr öffentlich geförderte, sinnvolle Beschäftigung. Während öffentliche Subventionen am gewinnorientierten Markt die Unternehmensprofite steigern, können gemeinwirtschaftliche Tätigkeiten der solidarischen Selbsthilfe mit öffentlichen Mitteln nachhaltig gesichert werden.

Das können gerade die Kommunen. Bei sozialen Diensten, in der Bildung, Gesundheit und Pflege, im öffentlichen Nahverkehr, Wohnungsbau, in der Kulturarbeit und beim Umweltschutz fehlt es an allen Ecken und Enden. DIE LINKE NRW ist für einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. Dazu gehört der Ausbau eines insbesondere kommunal getragenen öffentlichen Beschäftigungssektors.

- Wir wollen eine Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen. Der Personalabbau in den Verwaltungen von Landkreisen und Städten ist zu stoppen. Rationalisierungsmaßnahmen unter dem Druck von Entlassungen lehnen wir ebenso ab wie die Ausgliederung von Teilen der Verwaltung oder städtischer Betriebe zur Tariffucht in Billiglohn-Gesellschaften. Wir sind dafür, die Wiedereingliederung ausgegründeter Bereiche des öffentlichen Dienstes zu prüfen, lehnen die Verlängerung von Arbeitszeiten ab und treten für eine Arbeitszeitverkürzung ein. Zur Verbesserung der Qualität der Dienstleistungen des öffentlichen Dienstes und der verwaltungsinternen Abläufe, gegen bürokratische Verkrustungen setzen wir auf beteiligungsorientierte Konzepte, die sowohl die Nutzerinnen und Nutzer als auch die Beschäftigten einbeziehen.
- Kommunale Wirtschaftsförderung darf sich nicht an den Profit-Interessen einzelner Unternehmen orientieren, sondern am allgemeinen Entwicklungsinteresse der Stadt. Sie ist für uns vor allem die Förderung von nachhaltiger, sinnvoller und existenzsichernder Beschäftigung – von guter Arbeit. Die Wirtschaftsförderung muss wieder politischer werden und Gegenstand regelmäßiger Berichterstattung in den politischen Gremien sein. Gemeinsame Wirtschaftsförderergesellschaften mit Unternehmerverbänden und Konzernen laufen diesem Ansatz zuwider. Die Rolle der Kreis- und Stadtverwaltungen als wirtschaftspolitischer Akteur und Moderator vor Ort muss gestärkt werden. Branchenkonferenzen, Runde Tische aller wirtschaftlichen Akteure können wichtige Voraussetzungen für die Bewältigung von Beschäftigungsproblemen und Strukturkrisen sein.

Gerade in den Großstädten muss die Wirtschaftsförderung Stadtentwicklung zu ihrer Aufgabe machen und die Probleme von besonders benachteiligten Stadtteilen

berücksichtigen. Hier gilt es, Konzepte „lokaler Ökonomie“ oder auch ethnischer Ökonomie zu fördern. Wo es geht, sollte an Bundes- und Landesprogrammen wie „Soziale Stadt“ angeknüpft werden.

Wir sind für die Förderung von Genossenschaften, da sie eine direkte Einflussnahme der Nutzerinnen und Nutzer auf die wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen.

Wir sind dafür, Fördermaßnahmen für Unternehmen – sowohl Zuschüsse als auch Maßnahmen der Infrastruktur – an harte, bei Verstoß einklagbare Auflagen zur Beschäftigung zu binden. Die Erfahrungen mit Nokia in Bochum, aber auch viele örtliche Beispiele, machen diese Forderung besonders dringlich. Für kleine und mittlere Betriebe müssen die Fördermöglichkeiten transparent und überschaubar gemacht werden.

Die kommunale Wirtschaftsförderung darf nicht auf die Konkurrenz der Kommunen um den besten Standort und den niedrigsten Gewerbesteuersatz für die Ansiedlung globaler Investoren zielen. Wir sind für die regionale Zusammenarbeit von Landkreisen und Kommunen zur Entwicklung regionaler Wirtschaftsstrukturen, für Kooperation und Zusammenarbeit über Städte- und gegebenenfalls Ländergrenzen hinweg. Regionale Wirtschaftskreisläufe machen vor der niederländischen oder belgischen Grenze nicht halt, das zeigen die Erfahrungen z. B. aus der Region Aachen.

Die Vergabe öffentlicher Aufträge darf sich nicht nach dem Prinzip „Der Billigste erhält den Zuschlag“ richten. Sie muss vielmehr an Regeln gegen Lohndumping und gegebenenfalls Auflagen wie z. B. eine bestimmte Ausbildungsquote gebunden werden. Die Regelungen des von schwarz-gelb abgeschafften Tariftreuegesetzes des Landes NRW müssen durch Landes- – oder wegen der restriktiven Rechtsprechung der EU – durch Bundesgesetz wieder hergestellt und angewendet werden. Solange dies nicht der Fall ist, sind wir dafür, dass die Kommunen alle nach dem Vergabegesetz vorhandenen Möglichkeiten einer qualifizierten Auftragsvergabe nutzen, z. B. durch entsprechende Ausschreibungen.

Die Ansicht, dass Ein-Euro-Jobs – abgesehen von der Würdelosigkeit eines Arbeitsverhältnisses ohne Arbeitsvertrag – keine Lösung der Beschäftigungsprobleme darstellen, ist inzwischen verbreitet. Wir sind für die Umwandlung der Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige, tarifgeregelte Arbeit. Als eine Möglichkeit ist in möglichst vielen Fällen die Umwandlung entsprechender Beschäftigungsverhältnisse in die Entgeltvariante anzustreben.

Die Kommunen brauchen mehr statt weniger Einfluss auf die örtliche Arbeitsmarktpolitik – auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu dieser Frage. Dazu gehört die Entwicklung von am örtlichen Bedarf orientierten Schulungs- und Ausbildungsprogrammen insbesondere für Langzeitarbeitslose.

Wir sind für eine Ausbildungsoffensive der Landkreise und Städte, die sich an der vom DGB geforderten Ausbildungsquote orientiert. Jahr für Jahr brechen Unternehmen ihre eigenen Zusagen, was die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen angeht. Die öffentlichen Verwaltungen müssen auch hier Vorbild sein.

Die Sparkassen müssen wieder stärker im Sinne von Beschäftigungsförderung tätig werden. Sie sind heute oft die einzigen Kreditgeber für kleine und mittlere Unternehmen. Auch bei der Förderung eines öffentlichen Beschäftigungssektors und kommunaler Investitionsprogramme können die Sparkassen eine wichtige Rolle spielen. Zusätzlich zur Stärkung ihrer eigenständigen Finanzkraft brauchen die Kommunen ein aus Bundesmitteln gefördertes Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP), das ihnen kurzfristig hilft, den Investitionsstau bei der örtlichen Infrastruktur und im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge aufzuheben.

3. Statt Armut – menschenwürdiges Leben für alle!

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird ständig größer, was zu einer zunehmenden und sichtbaren Polarisierung der Lebensverhältnisse in den Kommunen führt. Deshalb hat der Kampf gegen Armut für DIE LINKE die oberste Priorität. Inzwischen ist jede(r) Vierte in Deutschland armutsgefährdet, was eine immer stärkere Ausgrenzung sowie soziale und kulturelle Verarmung zur Folge hat. Diese Entwicklung ist jedoch keineswegs systemneutral, sondern hat ihre Ursache in einem kapitalistischem Wirtschaftssystem, das durch massenhafte Arbeitsplatzvernichtung und zunehmende Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse immer weniger Menschen eine lebenswerte Perspektive bietet.

Seit der Einführung von Hartz IV und durch einen ständig wachsenden Niedriglohnsektor ist das Ausmaß von Armut jedoch noch erheblich verschärft worden. Diese gesellschaftlichen Verhältnisse in einem der reichsten Länder der Erde halten wir für einen politischen Skandal.

In Deutschland können Millionen Beschäftigte nicht von ihrer Arbeit leben und viele erhalten ergänzendes Arbeitslosengeld II. Befristete Beschäftigung und Teilzeitjobs nehmen von Jahr zu Jahr zu. Prekäre Beschäftigung steigt stetig, ALG-II-Empfänger werden in 1 Euro-Jobs gezwungen. Dies erhöht den Druck auf die Beschäftigten und schwächt die Gewerkschaften. Hier ist es notwendig, dass auf allen politischen Ebenen gegengesteuert wird, denn es ist unsere vordringliche Aufgabe, gegen Arbeitslosigkeit und deren soziale Auswirkungen vorzugehen.

Hartz IV ist ein Bundesgesetz! Daher können wir auf kommunaler und Landesebene nur durch flankierende Maßnahmen eingreifen. Hierbei sollte für uns als die Linke immer im Vordergrund stehen: „Jeder Mensch hat das Recht, in Würde zu leben.“ Diese flankierenden Maßnahmen sind u. a.: kostenlose medizinische Versorgung; kostenlose Mitgliedschaft in Sportvereinen; kostenloses Mittagessen für Kinder in Krippe, Krabbelstube und Kindergarten; kostenloser Zugang zu Bildungseinrichtungen für Menschen, die in prekärer Beschäftigung, ALG II Empfänger usw. sind.

Durch Hartz IV wird der Druck auf die Arbeitslosen, ohne ihnen eine dauerhafte Beschäftigungsperspektive zu geben, erhöht. Auf kommunaler Ebene müssen Rah-



menbedingungen geschaffen werden, damit existenzsichernde und sozial abgesicherte Arbeitsplätze eingerichtet werden können. Über 3 Millionen Minderjährige gelten als einkommensarm. Massenarbeitslosigkeit, Hartz IV, prekäre Beschäftigung und Lohndumping machen Familien arm und führen damit auch zu

Kinderarmut. Je mehr Kinder, desto ärmer die Familie. Das Pro-Kopf-Einkommen von Arbeitnehmerfamilien mit Kindern liegt fast ein Fünftel unter dem Durchschnitt, bei Familien von Alleinerziehenden ist es ein Drittel weniger. Viele Eltern können ihren Kindern keine komplette Schulausstattung für die Ersteinschulung bezahlen. Hartz IV raubt Kindern Bildungs- und Entwicklungschancen. Deshalb ist als erster Schritt ein neues Bemessungssystem erforderlich.

Die zunehmende Altersarmut trifft besonders Menschen, die für ein niedriges Einkommen gearbeitet haben oder langzeitarbeitslos waren. Dies trifft insbesondere für Frauen zu. Altersarmut ist meist weiblich. Hier droht eine starke Zunahme, denn immer mehr Branchen zahlen Stundenlöhne von unter 7 Euro. Auch schlechter bezahlte Zeitarbeit steigt an. Deshalb fordert DIE LINKE gegen Altersarmut einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,71 Euro – und in schnellen Schritten 10 Euro – sowie armutsfeste Renten. Menschen in Armut leben häufig in Wohnungen von schlechter Qualität oder sogar in einer Gesundheit gefährdenden Umgebung. Niemand darf wegen ALG II aus seiner Mietwohnung vertrieben werden. Bei den Wohnkosten sind die gestiegenen Mieten und Nebenkosten voll zu berücksichtigen. Alternative Wohnformen und genossenschaftliche Projekte müssen gefördert werden.

DIE LINKE tritt ein für:

- öffentlich geförderte, sozialversicherungspflichtige, tarifliche Beschäftigungsverhältnisse statt 1 Euro-Jobs;
- neue Angebote der kommunalen Daseinsvorsorge, wie z. B. kommunale Sozialtickets für Bus und Bahn, Museen, Schwimmbänder und Sozialtarife für Strom und Gas;
- kostenlose Startsets für Kinder erwerbsloser oder armer Eltern und Lernmittelfreiheit und kostenlose Mittagessen in den Schulen und Tageseinrichtungen für alle Kinder;

- kostenlose medizinische Betreuung und Versorgung;
- den Erhalt und Ausbau des sozialen Wohnungsbaus;
- die Abwehr von Privatisierungsversuchen bei kommunalen Wohnungen;
- die regelmäßige Erstellung eines öffentlichen Reichtums- und Armutsberichts durch Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen;
- den Ausbau öffentlich finanzierter kommunaler Beratungsstellen;
- die Schaffung von öffentlich finanzierten Ombudsstellen, die helfen, soziale Rechte durchzusetzen;
- den Ausbau des Sozialen Dienstes

4. Sozialtarife und Nulltarife auf lebensnotwendige Güter

Ein menschenwürdiges Leben darf nicht am Mangel an Kaufkraft scheitern. Deshalb sollen Güter und Dienstleistungen, die existenzielle Grundbedürfnisse aller Menschen befriedigen, im notwendigen Umfang unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

Schon seit Langem können Menschen bestimmte lebensnotwendige Güter teils ermäßigt, teils unentgeltlich beziehen. Sozialtarife als Sondertarife für „Arme“ sind für uns jedoch nur als unabdingbar notwendige Sofortmaßnahmen zur Linderung der größten Not vertretbar. Sie stigmatisieren und lenken von der grundsätzlichen Forderung, Armut zu vermeiden, ab. DIE LINKE fordert daher eine Erhöhung der Regelsätze der staatlichen Grundsicherungen, damit alle Menschen sich ohne weitere Sonderleistungen die für ein menschenwürdiges Leben erforderlichen Güter und Dienstleistungen leisten können.

5. Für soziale und ökologische Städte und Gemeinden!

Ziel einer solidarischen Stadtentwicklung ist für DIE LINKE eine lebenswerte und lebendige Stadt für alle. Verkehrsplanung, Wohnungsbau, Naherholung, öffentliche Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten müssen auf die Bedürfnisse der großen Mehrheit der Bevölkerung ausgerichtet sein.

Immer mehr Stadtbezirke mit gewachsenen, sozialen Strukturen werden dem Verfall preisgegeben, weil sie zum Objekt von Spekulanten und Kapitalinteresse werden, anstelle diese Wohnquartiere zusammen mit den dort lebenden Menschen weiter zu entwickeln und ein entsprechendes Quartiermanagement einzuführen.

Nur durch eine zukunftsorientierte Stadtplanung, an der alle Menschen beteiligt sind, werden die Schädigungen im Sozialbereich und bei den verbliebenen ökologischen Strukturen in Städten und Gemeinden zu reparieren sein. Für DIE LINKE steht

im Entscheidungsfall Ökologie vor Ökonomie. Dabei geht es darum, schädliche Auswirkungen zu verhindern und gleichzeitig Fehler der Vergangenheit zu berichtigen.

Doch heute entstehen Gewerbekomplexe zahlreich auf der Grünen Wiese, während innerstädtische oder stadtnahe Industriebrachen nicht genutzt werden. Die Gründe? Betriebe wollen Flächen in Reserve halten oder niemand will für die Altlastensanierung aufkommen.

Für die LINKE ist klar: Flächenrecycling auf bestehenden Industriebrachen hat den Vorzug. Arbeit und Wohnen müssen eng gekoppelt werden, d. h. Bürger und Bürgerinnen müssen ihren täglichen Bedarf im Stadtteil decken können. Denn kurze Wege in Stadt und Gemeinde entlasten Mensch und Umwelt.

Die Energieversorgung muss Zug um Zug dezentralisiert werden, hierbei muss die Kraft-Wärme-Kopplung genutzt werden. Denn diese arbeitet energiesparend, weil auch Abwärme genutzt und so ein hoher Nutzungsgrad erreicht wird. Auch erneuerbare Energien sind zu bevorzugen, soweit sie ökologisch hergestellt werden.

DIE LINKE will zur Diskussion von Problemen beitragen, damit die Menschen empfindsam werden für Fehlentwicklungen und offen für Alternativen zur gegenwärtigen Politik. So ist die zu starke Verdichtung der Bebauung infrage zu stellen. Städte brauchen ihre grünen Lungen, jeder Straßenbaum übernimmt wichtige Schutzfunktionen gegen die Luftverschmutzung. Bebauungslücken ermöglichen einen besseren Luftaustausch, sind also vorteilhaft für das Stadtklima.

Auch im Bereich Stadtplanung und -entwicklung gibt es Fehlplanungen. Investoreninteressen werden meist höher angesiedelt, als die Interessen der Bevölkerung. Weiterhin werden Flächen aus dem Gemeinbedarf verschachert aufgrund knapper Kassen. Heute werden Flächen allein deshalb der Reihe nach privatisiert, weil es der neoliberalen Grundhaltung der herrschenden Politik entspricht.

Dieser Privatisierungswahn zieht für die Innenstadt ein modernes Geschäftshaus mit Eigentumswohnungen einem sozialen Treffpunkt oder stadtnahem Wohnraum für die eingesessene Bevölkerung vor. DIE LINKE lehnt darum den Verkauf kommunalen Wohnraumes an Heuschreckengesellschaften und Immobilienkonzerne ab.

Es hat sich auch im Deutschen Bundestag gezeigt: Nur DIE LINKE vertritt konsequent die Interessen der Mieterinnen und Mieter. Die anderen Parteien sind Führsprecher der Banken und Finanzmarktlobby, oder knicken vor ihnen ein.

Immer mehr muss preiswerter, sozialer Wohnraum in den Innenstädten weichen, zugunsten von Hochglanzfassaden und Einkaufspassagen. Wir meinen: Die sozialen Funktionen der Städte und vor allem der Innenstädte müssen erhalten und verteidigt werden. Denn für DIE LINKE gehört zu den Grundvoraussetzungen sozialer Sicherheit und Menschenwürde eine sichere, finanzierbare, dem Bedarf entsprechende Wohnung.

Soziale Wohnungspolitik heißt für uns, vorausschauende und an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Stadtentwicklungspolitik. Vor einer Ausweisung neuer Baugebiete ist die dynamische Bestandsentwicklung bestehender Wohnquartiere sicher zu stellen.

Für DIE LINKE ist Wohnen Menschenrecht. Insbesondere gemeinnütziges, genossenschaftlich organisiertes Wohnen ist zu fördern und auszubauen. Dies trifft insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung auf Generationen übergreifende Wohn- und Lebensmodelle zu.

Auch der Einzelhandel in den Innenstädten ist betroffen. Kleine Ladenbesitzerinnen und -besitzer sind nicht mehr in der Lage, ihr Geschäft weiter zu führen. Der Grund sind hohe Mieten, auch infolge von Neuplanungen. Schon heute beklagen viele Menschen ausgestorbene Innenstädte ohne Leben, in denen nach Verkaufschluss die Bürgersteige hochgeklappt werden. Die Probleme, die hier entstehen sind nicht nur für das soziale Gefüge der Innenstädte bedeutsam, sie tragen für die gesamte Stadtentwicklung und Stadtplanung negative Folgen mit sich.

DIE LINKE tritt ein für

- Erbpacht vor Verkauf. So ist wesentlich besser und weit reichender sichergestellt, dass nach Aufgabe eines Betriebsstandortes die Kontrolle bei der Kommune oder dem Kreis bleibt.
- sinnvolle Nutzung von Freiflächen. Diese dürfen nicht verschleudert werden als Pufferzonen für Nutzungen, die sich gegenseitig beeinträchtigen oder ausschließen.
- Reduzierung von Umweltbelastungen, statt sie lediglich zu verdünnen, indem man sie auf größere Flächen verteilt.
- Zurückhaltung beim Bauen im Außenbereich (§ 35 Baugesetzbuch). Hier müssen weiter reichende kommunale Normen entwickelt werden.
- die kritische Überprüfung von Siedlungsausweisungen in Flächennutzungs- und Bebauungsplänen unter Bedarfs- und Folgegesichtspunkten.
- die Zusammenführung von Arbeit, Wohnen und Freizeit, statt weiterer Zersiedelung.
- den Stopp von Schließung und Verringerung des Angebotes von Bürgerhäusern, kleinen Theatern, Jugendzentren, Stadtteilbibliotheken, Sportstätten und Musikstätten als Folge einer verfehlten Sparpolitik.
- den Planungen, die bei unumgänglicher Freirauminanspruchnahme am wenigsten in den Freiraum eingreifen. Bei Siedlungserweiterungen sind soziale und ökologische Gesichtspunkte vorrangig zu betrachten.
- eine Flächen sparende Bauweise bei der inneren Gestaltung neuer Baugebiete. Dem widersprechen nicht die Auflockerung durch Grün, sowie andere ökologische Maßnahmen.
- die Erstellung wirklicher Alternativplanungen bei Baubeglehen und Begutachtung durch neutrale Fachleute. Heute werden oftmals wesentlich schlechtere Alternativen angeboten, um das Ursprungskonzept durchzusetzen.
- konsequente Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei der Stadtplanung und lokalen Entscheidungen.
- die verstärkte Verbindung von Städtebauförderung und Quartiermanagement mit Beschäftigungsförderung. Innenstadtaufwertung darf nicht auf die bauliche Hülle reduziert bleiben.

- die Abschaffung starrer Einkommensgrenzen für zu fördernde Haushalte und stattdessen für die Einführung einer Mietbelastungsquote von maximal einem Viertel des Einkommens.
- die Stärkung des öffentlichen, sozialen Wohnungsbaus und mehrgeschossigen Wohnungsbau vor Eigenheimsiedlungen.
- die Verhinderung des Verschleuderns öffentlichen Wohnraumes, wie durch den Verkauf der LEG-Wohnungen.

6. Global denken – lokal handeln!

Jedes kommunalpolitische Handeln muss konsequent auf Umweltschutz und Nachhaltigkeit hin überprüft werden: bei der Stadtentwicklung- und Verkehrsplanung, der Industrie- und Gewerbeansiedlung, dem Flächen- und Landschaftsverbrauch, beim öffentlichen und privaten Wohnungsbau, der Energieversorgung, der Abfall- und Wasserwirtschaft, im kommunalen Beschaffungswesen, bei öffentlichen Immobilien usw. Die entscheidenden Rahmenbedingungen für umweltbezogenes Handeln werden außerhalb kommunalpolitischer Kompetenzen gesetzt. Unternehmerisches, gewinnorientiertes Wirtschaften entzieht sich weitgehend gesellschaftlicher Steuerung. Umwelt- und Genehmigungsrecht ist EU-, Bundes- und Landesangelegenheit. Die Kommunalpolitik kann allerdings durch eigenes Handeln, vielfältige Einflussnahme, Beratung und Beteiligung der EinwohnerInnen sowie durch ein entsprechendes politisches Klima sehr wichtige Beiträge zur ökologischen Kurswende leisten und auf die Politik der oberen staatlichen Instanzen und Genehmigungsbehörden Einfluss nehmen.

DIE LINKE unterstützt kommunal und auf allen Ebenen die EinwohnerInnen sowie ihre Vereinigungen, die sich gegen Umweltbelastungen und -gefahren wehren oder den Naturschutz fördern. Sie unterstützt den Kampf um ökologische Alternativen auf allen Gebieten. Sie setzt sich dafür ein, dass auch die Gewerkschaften das Thema Umwelt- und Ressourcenschutz noch ernster nehmen und das Scheindilemma „Umwelt oder Arbeitsplätze“ überwinden. Umweltschutz, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit bilden für uns eine Einheit und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Deutschland ist EU-weit der Hauptverursacher der klimaschädlichen Kohlendioxid-Emissionen. Verantwortlich dafür sind Stein- und vor allem Braunkohlekraftwerke. Sie tragen entscheidend zur Klimaproblematik bei und zerstören damit unsere natürlichen Lebensgrundlagen, emittieren Schadstoffe wie Feinstaub, Schwefeldioxid, Schwermetalle und beeinträchtigen damit Gesundheit und Wohlergehen. Kohle bestimmt in Nordrhein-Westfalen drei Viertel der Stromversorgung. Mindestens 10 neue Kraftwerke sind im Bau oder in Planung. Diese sollen vor allem eines sichern: die Profite von RWE und E.ON.

Die Energieversorgung muss Zug um Zug dezentralisiert werden. Hierbei muss vor allem die Kraft-Wärme-Koppelung genutzt werden. Denn diese arbeitet energie-

sparend, weil auch Abwärme genutzt und so ein hoher Nutzungsgrad erreicht wird. Unbedingt zu bevorzugen sind erneuerbare Energien, bei deren Produktion aber strikt auf die Einhaltung ökologischer Kriterien geachtet werden muss. Das gilt insbesondere für Biomasse und Wasserkraft.

DIE LINKE tritt für den Vorrang des Erhalts der Umwelt vor Kapitalinteressen ein. Diejenigen Menschen leiden am stärksten unter dreckigem Wasser, verpesteter Luft, Lärm, Radioaktivität und verseuchten Böden, die sich aus finanziellen Gründen dem nicht entziehen oder dagegen schützen können. Wie Energie bereitgestellt wird, wird auch von Kommunalpolitikerinnen und -politikern entschieden. Vier Fünftel des Energiebedarfs privater Haushalte bestehen aus Raumwärme und Warmwasser. Obwohl diese Energie bei der Stromproduktion als Abwärme anfällt, wird sie hierzulande kaum genutzt und über Kühltürme in die Umwelt gepustet. Würde sie als Fernwärme genutzt, könnte ein Großteil des Energiebedarfes in diesem Bereich eingespart werden.

Vielfältiges Grün, Parks, naturnahe Gartengebiete, verbindliche Biotopverbundkonzepte, möglichst großräumige Landschafts- und Naturschutzgebiete sowie natürliche Bäche und Flussläufe bilden die Voraussetzung für das Wohlbefinden der Menschen in Städten und ländlichen Siedlungsgebieten.

Gerade kommunale Planungen müssen deshalb europäische Verpflichtungen zum Natur- und Artenschutz verantwortungsvoll umsetzen. Dies gilt vor allem bei Straßenplanungen, Flächennutzungs- und Bebauungsplänen. Durch die Selbstverpflichtung der Kommunen zur Beteiligung der Naturschutzverbände im Vorfeld und bei der Umsetzung kommunaler Planungen können soziale Konflikte verringert bzw. vermieden werden.

Haus- und Sondermüllverbrennung tragen zur Ressourcenvergeudung, Klimagefährdung und zum Anstieg gefährlicher Emissionen bei. Die Deponiefrage wird nur zeitlich gestreckt, weil die giftigen Verbrennungsreste ebenfalls deponiert werden müssen. Der beste Müll ist der, der gar nicht erst entsteht. Konsequenter Müll vermeiden, vermindern und wieder verwerten, Mülltrennung an der Quelle durchführen, Müllvermeidung durch kommunale Gebührengestaltung fördern sind wesentliche Voraussetzung, um aus der flächendeckenden und teuren Müllverbrennung weitgehend wieder auszusteigen und umweltschonende Verfahren anzuwenden. So muss die Biotonne flächendeckend eingeführt werden. So können z. B. biologisch-mechanische Ab-



fallbehandlungsanlagen den Restabfall sinnvoller entschärfen und eine stoffstromspezifische Wiederverwertung bzw. Entsorgung gewährleisten. Eine ökologische Abfallwirtschaft ist allerdings nur möglich, wenn sie in öffentlicher Hand liegt. Inzwischen werden, gerade in der Abfallwirtschaft, privatisierte Unternehmen in kommunales Eigentum zurückgeführt. Immer mehr Menschen erkennen: Privatisierte Unternehmen sind nicht leistungsfähiger und preisgünstiger.

DIE LINKE ist gegen den Bau neuer Müllverbrennungsanlagen bzw. die Erweiterung von bestehenden Anlagen. Die heutigen sind bereits überdimensioniert, eine Auslastung nicht gewährleistet bzw. nur noch durch europaweiten Mülltourismus möglich. Die Entsorgungspreise sind hoch und steigen weiter. Kommunale Abwässer müssen oft unter hohem Aufwand gereinigt werden. Häusliche Abwässer, häufig durch zahlreiche und problematische Reinigungsmittel und andere Chemikalien belastet, werden darüber hinaus noch mit hoch befrachteten Einleitungen aus Industrie- und Gewerbebetrieben vermischt. Wir wollen weitere Anstrengungen, um die Schadstofffracht im Abwasser zu minimieren. DIE LINKE unterstützt außerdem die regionale Herstellung und Vermarktung von Produkten. Dadurch werden weite Transporte vermieden und die regionale Wirtschaft gefördert. Wir wollen eine nachhaltige Regionalpolitik, die neue Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft. Dafür ist die Ausarbeitung ökonomischer, ökologischer und sozialer Zielsetzungen erforderlich.

DIE LINKE tritt ein für:

- die Nutzung des erheblichen Ausbaupotenzials an Fernwärme, angestrebt wird ein Versorgungsgrad von über 50 % ;
- den Stopp des Neubaus von Kohlekraftwerken, nur noch gasbetriebene Kraftwerke dürfen genehmigt werden sowie die Modernisierung von vorhandenen Kohlekraftwerken hinsichtlich Fernwärmeauskopplung, Effizienzsteigerung und Rauchgasreinigung;
- Neuaufgabe bzw. Aufstockung von Förderprogrammen zur nachträglichen Wärmedämmung des Altbaubestandes;
- die zwingende Einbeziehung von solarthermischen oder fotovoltaischen Anlagen und Wärmepumpen bei Neubauten;
- für den möglich geringsten Eingriff in den Naturhaushalt bei Bauvorhaben;
- die Sanierung von Bestandsgebäuden hat, vor dem Hintergrund zurückgehender Einwohnerzahlen, Vorrang vor Neubaumaßnahmen;
- eine Beurteilung von Bauvorhaben danach, ob sie sozial und ökologisch vertretbar sind und keine vermehrten Umweltbelastungen und höhere Mieten mit sich bringen;
- Bau von Ökosiedlungen unter Einschluss vorbildlicher Sozialstandards und generationenübergreifendem Wohnen
- für Energiesparpläne bei Behörden und anderen öffentliche Unternehmen, die binnen fünf Jahren zu einer Senkung des Energieverbrauchs um mindestens ein Drittel führen. Die öffentliche Hand bezieht ausschließlich Ökostrom von geprüften Anbietern. Für alle Behörden werden Leitlinien eingeführt, die den Belangen des Na-

tur-, Umwelt- und Klimaschutz verbindlich Rechnung tragen;

- weitgehender Ausstieg aus der Müllverbrennung und Anwendung umweltverträglicher Entsorgungsverfahren
- Aktionspläne zur Minimierung der Abwasserbelastung
- eine Reduzierung der Lärm- und Feinstaubbelastung, vor allem in den Innenstädten durch die Einführung von flächendeckenden Umweltzonen;
- den Ausbau der Ökolandwirtschaft und eine breite Aufklärungskampagne für gesunde Ernährung, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen; die Umstellung auf ökologische Nahrungsmittel in allen öffentlichen Kantinen und Schulen;
- die Stärkung des Verbraucherschutzes durch Ausweitung des Verbandsklagerechts und den Ausbau der Verbraucherberatungsstellen;
- die Errichtung von kommunalen Zentren für Nachhaltigkeit als Beratungs-, Ausstellungs- und Aktionsort für Umweltverbände, Verwaltung, öffentliche Betriebe, Handwerksbetriebe usw.
- Erhalt und Ausbau der kommunalen Umweltverwaltung;
- Wiederherstellung und Effektivierung der überregionalen Umweltbehörden
- Unterstützung der Arbeit der Naturschutzverbände
- Ausbau und Erhalt von Naherholungsflächen
- Ausweisung von verbindlichen Biotopverbundkonzepten
- die Verweigerung von Flächenfreigaben für genmanipuliertes Saatgut; kein Ankauf von Flächen, auf denen genmodifiziertes Saatgut eingesetzt wurde, durch die öffentliche Hand

7. Für eine sozial-ökologische Verkehrswende – Mobilität für alle!

Der motorisierte Individualverkehr nimmt überhand, besonders in den Ballungsräumen: Das führt zu enormen Belastungen der Umwelt. Gleichzeitig wird beim öffentlichen Personenverkehr gespart. So schränkt sich für die Menschen, die nicht mit dem Auto unterwegs sein können oder wollen, Mobilität immer mehr ein. Dringende Ausbaumaßnahmen unterbleiben.

Sparmaßnahmen bei Bus und Bahn treffen besonders Jugendliche, ältere Menschen und solche, die sich kein Auto leisten können. DIE LINKE will den motorisierten Individualverkehr zurückdrängen, zugunsten des öffentlichen Verkehrs, sowie die Verwirklichung eines Grundrechts auf Mobilität für alle. Die Bereitstellung eines bezahlbaren öffentlichen Personenverkehrs ist für uns eine soziale und ökologische Frage.

Während die Ballungsräume in Nordrhein-Westfalen in Autolawinen ersticken, stellt sich für den ländlich geprägten Raum die Frage, wie sich Mobilität für Menschen ohne Auto überhaupt realisieren lässt. Wir betrachten es als unsere Aufgabe, den ständigen Sparmaßnahmen im öffentlichen Verkehr intelligente Verkehrskonzepte entgegen zu setzen, die Mobilität für alle gewährleisten.

Die Zurückdrängung des Autos aus den Innenstädten kann nur gelingen, wenn als Alternative neben Bus und Bahn auch ein gut ausgebautes Radwegenetz zur Verfügung steht, das Fahrten ohne störende oder gefährliche Unterbrechungen gewährleistet. Hierbei müssen die Kommunen beim Land auf ausreichende Finanzierung drängen.

Gerade für Pendler oder Besucher von Innenstädten bieten Park-and-Ride Systeme interessante Alternativen. Sie können eine ökologisch sinnvolle und praktische Möglichkeit zur Beruhigung des Innenstadtverkehrs sein. Fahrgemeinschaften und Carsharing können nicht nur in Städten, sondern auch im ländlichen Raum wirken.

In den Ballungsräumen sind attraktive Taktzeiten der öffentlichen Verkehrsmittel besonders wichtig. Denn sonst verfehlen gut ausgebaute Verkehrsnetze ihren Sinn, z. B. wegen Überfüllung oder mangelnder Flexibilität. Zwei weitere Gleise für die überlastete Haupt-Achse der Eisenbahn im Ruhrgebiet von West nach Ost würden die Trennung von Fern- und Regionalverkehr ermöglichen.

Neben einer dichteren Zugfolge auf der stark nachgefragten Strecke wären weniger Verspätungen die Folge.

In ländlichen Gebieten, in denen getaktete Linien zu wenig ausgelastet sind, braucht es intelligente Nahverkehrskonzepte. Anruf-Sammeltaxis oder Busse-nach-Bedarf-Systeme können hier soziale und ökologische Antworten sein.

Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen müssen Regionalisierungsmittel aus dem Bundeshaushalt nutzen, um stillgelegte Schienenstrecken in Eigenregie wieder zu beleben. Denn Strecken, die von der Bahn aus finanziellen Gründen stillgelegt wurden, können, in Verbindung mit attraktiven Angeboten, die Mobilität der Menschen deutlich erhöhen.

Der öffentliche Personenverkehr gehört zur Grundversorgung. Deshalb ist es Aufgabe der öffentlichen Hand, Mobilität für die Menschen zu sichern. Öffentliche Verkehrsunternehmen dürfen nicht privatisiert und damit dem Profitstreben untergeordnet werden. Verkehrssubventionen zur Steuerung der Takte und Verkehrssysteme sind erforderlich, um den Herausforderungen an ein soziales und ökologisches Verkehrssystem gerecht zu werden. Wenn Verkehrsnetze rentabel sein müssen, geht das zwangsläufig auf Kosten von Takten und Strecken.

DIE LINKE tritt ein für:

- Mobilität für alle, denn Mobilität ist ein Grundrecht. Initiativen zu mehr Teilhabe von Menschen ohne Auto an Mobilität müssen her. Dazu gehören Sozialtickets, Jugend- oder Seniorentarife. Firmen- oder Jobtickets sind attraktiver zu gestalten;
- eine Vorbildfunktion der öffentlichen Verwaltung bei der Bereitstellung von Firmentickets;
- eine deutliche Erhöhung des Anteils von Öffentlichem Personennahverkehr, Verkehrsaufkommen zu Fuß und Radverkehr am gesamten Verkehrsaufkommen. Hierzu müssen Verkehrspläne aufgestellt bzw. angepasst werden, die verbindliche Ziele, sozial-ökologische Schritte und attraktive Angebote enthalten;

- die Einrichtung von Umweltzonen, wo die Belastungen zu groß sind, um hohe Feinstaub- und CO₂-Belastungen zu verringern;
- die öffentliche Unterstützung solcher Systeme bei Werbung, Startfinanzierung und mit Kommunikationsplattformen;
- den Ausbau der Ost-West-Achse der Eisenbahn im Ruhrgebiet;
- die Rücknahme der Kürzung der Regionalisierungsmittel durch die Bundesregierung;
- den Erhalt demokratischer Kontrollmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern über den öffentlichen Verkehr;
- die Vergabe von Regionalstrecken nur an solche Tochtergesellschaften der Deutschen Bahn, die Tariflöhne zahlen.

8. Starke, freie, selbstbewusste Kinder – Bildung: ein universelles Menschenrecht!

Die Linke will, dass jedem Menschen in unserer Gesellschaft der Zugang zu Wissenschaft, Bildung, Kultur und Information ermöglicht wird. Bildung muss den Anforderungen der sich rasant verändernden Gesellschaft entsprechen. Sie muss zum Ziel haben, Menschen in die Lage zu versetzen, selbstbestimmt, mitbestimmend, solidarisch ihren Platz in dieser Gesellschaft zu finden. In diesem Rahmen muss sie jedem Kind ermöglichen, sich seinen eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten entsprechend zu entwickeln und entfalten. Bildung muss unentgeltlich und unabhängig vom Einkommen der Eltern jedem Kind in unserer Gesellschaft gleichermaßen zugänglich sein. Das Recht auf Bildung muss im Grundgesetz verankert werden.

In Kindertagesstätten lernen Kinder, sie entdecken und knüpfen soziale Kontakte. Deshalb müssen alle, unabhängig von der sozialen Situation der Eltern, ungehinderter Zugang zu Kindertagesstätten haben. DIE LINKE will Kindertagesstätten und Krippen, die nicht verwahren, sondern Räume schaffen, in denen Kinder von klein auf zu kompetenten und mündigen Menschen heranwachsen: Stark, frei, selbstbewusst und sozial eingestellt.



Das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) ist ein weiterer Schritt in die falsche Richtung. Mit ihm werden Qualitätsstandards abgebaut, Elternbeiträge erhöht und das Personal prekären Beschäftigungsverhältnissen ausgesetzt. Das alles geschieht auf Kosten der Kinder, der Eltern mit Niedrigeinkommen, der Kommunen und vor allem der ErzieherInnen. Das fehlerhafte Verfahren von Delfin 4, für Tests statt für Förderung Geld auszugeben, zeigt die Unsinnigkeit dieser Politik.

DIE LINKE tritt in der Elementarbildung ein für:

- Einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz von Anfang an;
- den erforderlichen Ausbau von Kita-Plätzen, die gebührenfrei sind und in altersgemischten Kleingruppen eine Bildung von Anfang an sicherstellen; dies schließt ein gesundes Mittagessen ein;
- bedarfsgerechte und wohnortnahe Plätze für alle Kinder, die den Zusammenhalt fördern; sie ist gegen Zugangsbeschränkungen;
- Betreuungs- und Öffnungszeiten, die eine Berufstätigkeit von Müttern und Vätern ermöglichen;
- Eine kommunale Einstellungspolitik, die die Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher anhebt, was die Ausbildung an Fachhochschulen, höheren Verdienst und mehr Zeit zur Weiterbildung einschließt, sowie kontinuierliche Fortbildung des derzeitigen Personals, insbesondere im Bereich der Sprachförderung.
- die Verringerung der Gruppengrößen und eine erhebliche Verbesserung des Personalschlüssels in der Kommune über den KiBiz-Schlüssel hinaus;
- kommunale Verantwortung für Elterneinrichtungen, indem den Einrichtungen bei den durch KiBiz anfallenden Verwaltungsaufgaben geholfen wird und ihnen Personal in Engpässen aus dem kommunalen Vertretungspool zur Verfügung gestellt wird;
- die Pflicht der Kommunen, die Eltern über die Rechtsansprüche auf Kinderbetreuung zu informieren,
- die Möglichkeit aller Kinder spätestens im letzten Jahr vor der Einschulung eine Elementareinrichtung zu besuchen.
- Schulpolitik – eine Aufgabe und Möglichkeit der Kommune

Das deutsche Bildungssystem trennt Kinder zu früh auf ihren Bildungswegen, ist unzureichend ausgestattet und bewirkt eine soziale Auslese. Die PISA-Studie hat gezeigt, dass unser mehrgliedriges Schulsystem im internationalen Vergleich schlecht abgeschnitten hat. Es führt zu schlechten Abschlüssen und ist sozial stark selektiv. In erschreckend hohem Maße sind auch in NRW Kinder aus bildungsfernen Schichten und Migrantenkinder betroffen. Für ein Viertel dieser Kinder schafft unser Schulsystem nicht die notwendigen Startbedingungen für den Einstieg in das Berufs- und Erwachsenenleben. Sie werden aufgegeben. Statt Sitzenbleiben und Bewertung über Kopfnoten sollten die Kinder ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten entsprechend gefördert werden, damit kein Kind ohne Schulabschluss die Schule verlässt.

Wir kämpfen dafür, dass auch die Kinder in Deutschland wie die meisten Kinder

in Europa eine gemeinsame Schule bis zum Ende ihrer Schulzeit besuchen.

Die LINKE vor Ort will das Schulsystem verbessern. Trotz Widerstands der Landesregierung gegen längeres gemeinsames Lernen gibt es kommunale Möglichkeiten, die „Eine Schule für Alle“ über die kommunale Schulentwicklungsplanung zu erreichen. Die Kommune hat weitgehende Handlungsspielräume, die unabhängig von der Landesregierung sind:

„Die Gemeinden als Schulträger organisieren das örtliche Schulangebot in eigener Zuständigkeit und Verantwortung. Im Rahmen der Vorgaben des Schulgesetzes sind sie berechtigt, Schulen zu errichten, fortzuführen, zu ändern und aufzulösen“ (Schulgesetz NRW). Deshalb will DIE LINKE die vorhandenen Gesamtschulen weiter ausbauen; die Haupt-, Realschulen und Gymnasien sollen sukzessive geschlossen und deren Gebäude in die Gesamtschulen einbezogen werden. Die LINKE will damit große organisatorische Einheiten bilden, aber kleine und überschaubare Schulgebäude für SchülerInnen schaffen.

Für diese Umwandlung von Schulen in Einheiten der „Einen Schule für Alle“ will die LINKE durch eine kommunale Aufklärungskampagne über die Vorteile des längeren gemeinsamen Lernens SchülerInnen, Lehrkräfte, Eltern und alle BürgerInnen gewinnen. Die Linke fordert, dass die Kommunen ihren Handlungsspielraum im Interesse der Kinder ausschöpfen.

Die Linke tritt ein für:

- die Wiedereinführung der Wohnortbindung für GrundschülerInnen;
- jahrgangsübergreifendes Lernen in der Grundschule und den weiterführenden Schulen;
- einen Platz an einer Gesamtschule für jedes Kind, das dies wünscht;
- Errichtung von Ganztagschulen mit kostenlosem Mittagessen für alle SchülerInnen;
- kostenlose Schulbücher für alle Kinder;
- Erstattung der Klassenreisenkosten für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen;
- eine Einschulungsbeihilfe für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen;
- Abschaffung des Sitzenbleibens;
- sofortige Abschaffung der Kopfnoten;
- die Einrichtung von Oberstufenzentren, in denen die bestehenden gymnasialen Oberstufen zusammengefasst werden, um SchülerInnen ein breit gefächertes Angebot an Wahlmöglichkeiten von Grund- und Leistungskursen zu gewährleisten;
- die kommunale Schul-/Bildungsberatung für SchülerInnen vor der Sekundarstufe II, damit sie genauer über die schulischen Bildungsgänge, die folgenden Abschlüsse und die beruflichen Perspektiven nach Vollzeitbildungsgängen informiert sind und somit unnötige Doppelungen und Umwege auf dem Weg zur beruflichen Qualifikation vermieden werden;
- Kompetenzzentren, die Beratungs- und Förderangebote bündeln und mit den erforderlichen personellen und sächlichen Ressourcen ausgestattet sind

Migrantenkinder brauchen spezielle Förderung!

Migrantenkinder sind die Zukunft dieses Landes – also auch der Kommune! Nach den Bevölkerungszahlen Nordrhein-Westfalens haben fast 50% aller SchülerInnen in allen Schulformen einen Migrationshintergrund. Diese Gruppe hat demnach einen wesentlichen Anteil an der Zukunft dieser Gesellschaft. Wichtiger als das ökonomische Argument ist für DIE LINKE aber das individuelle Recht auf Bildung jedes Kindes. So können und dürfen wir es nicht länger hinnehmen, dass diese Kinder und Jugendlichen nicht in allen ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten gefördert werden bzw. in ihren Bildungsmöglichkeiten beschränkt werden. (PISA hat ergeben: Ein Migrantenkind wird bei gleicher Leistung nach der Grundschule nicht so schnell auf ein Gymnasium oder eine Realschule empfohlen wie ein deutsches Kind!)

Migrantenkinder müssen - wie alle anderen Kinder- höchstmöglich qualifiziert werden. Dazu gehört vor allem der Ausbau des Muttersprachlichen Unterrichts, um ihre sprachlichen Fähigkeiten umfassend zu entwickeln, denn in der Familiensprache werden Sprachstrukturen entwickelt, die dann auch auf die deutsche Sprache und weitere Fremdsprachen übertragen werden. Außerdem wird mit differenzierter Sprachentwicklung auch das Denken differenzierter.

DIE LINKE tritt ein für:

- Ausbau des Muttersprachlichen Unterrichts
- Fortbildung der LehrerInnen mit den Fächern Deutsch als Zweitsprache bzw. Deutsch als Fremdsprache
- Zweisprachige Alphabetisierung in der Grundschule (solche Modelle existieren in einigen Städten mit großem Erfolg)
- Unterstützung durch die RAA (Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte) oder die örtliche Schulverwaltung bei der Organisation von Muttersprachlichem Unterricht und seiner Einbeziehung in den Unterrichtstag an allen Schulen
- Vereinbarung zwischen der kommunalen Schulverwaltung und den Schulen über die höchstmögliche Förderung der Migrantenkinder
- Kommunale Bildungsberatung für Migranteltern mit dem Ziel, ihnen alle Perspektiven für ihre Kinder zu eröffnen.
- Kulturelle und sportliche Bildung in der Schule; Schule als Lebens- und Lernraum

Eine soziale, demokratische, chancengleiche Bildung und Weiterbildung in den Kommunen bedeutet für DIE LINKE auch, dass jedes Kind in seinen musischen, künstlerischen, sportlichen und weiteren Fähigkeiten gefördert werden muss. Der Fokussierung der Schulen auf rein abfragbares Wissen, wie es PISA, die Lernstandserhebungen und zentralen Prüfungen tun, muss die Kommune entgegenwirken. Die Landesregierung muss die notwendigen Mittel für eine umfassende Bildung zur Verfügung stellen. In der Kommune fordert die LINKE, dass die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe verstärkt wird, Ressourcen gebündelt werden, um Kinder und Jugendliche bei der Entwicklung all ihrer Persönlichkeitsbereiche zu unterstützen.

DIE LINKE tritt ein für:

- die Zusammenlegung der kommunalen Schulverwaltung und Jugendhilfe unter Einbeziehung der Rechte der freien Träger gemäß KJHG.
- Einrichtung von Schulbibliotheken
- eine dem technologischen Stand angepasste Ausstattung der Schulen mit Medienräumen
- Maßnahmen, die die Aufenthalts- und Unterrichtsqualität in Schulen verbessern wie z. B. kindgerecht gestaltete Schulhöfe, Arbeitsräume für selbstständiges Lernen, Rückzugsmöglichkeiten für Schüler und Schülerinnen im Schulgebäude wie etwa Schülercafés;
- Instandhaltung und Ausstattung von Sport- und Schwimmhallen; Sicherstellung regelmäßiger Nutzung
- mehr Sportangebote, auch außerhalb des Sportunterrichts, um die Gesunderhaltung und Bewegungsfreude der Schüler/innen zu unterstützen;
- Instandhaltung von Schulgebäuden; die Kommune muss ihrer Instandhaltungspflicht nachkommen;
- Keine 1-Euro-Kräfte an Schulen, die kostenneutral für Aufgaben im Bildungsbereich eingesetzt werden wie z. B.: Aufbau und Wartung von Sammlungen und Medienräumen; Hausmeisterassistenten; Sekretariatsarbeiten, als zweite Kraft im Unterricht in Förderschulen oder in der Ganztagsbetreuung.

Kommune als Träger von Ausbildung

Die Kommune bildet in der Regel oftmals nur in Verwaltungsberufen aus, aber sie beschäftigt darüber hinaus vielfältige Berufe. Daher soll die Kommune Ausbildungsplätze in allen beruflichen Bereichen schaffen, in denen sie ebenfalls Beschäftigung anbietet.

Nach Auffassung der LINKEN hat die Kommune einen besonderen Auftrag und eine besondere Verantwortung gegenüber den Jugendlichen, die in der Kommune leben. Deshalb muss die Kommune bereits in ihrer Schulpolitik alle Anstrengungen zur Erhöhung der Schulabschlüsse unternehmen.

Daher tritt DIE LINKE dafür ein, dass die Kommune weit über ihren eigenen Bedarf ausbildet und dabei auch solche BewerberInnen ausbildet, die auf dem sog. freien Ausbildungsmarkt eher schlechte Chancen haben. Daher sollten die in der Kommune Beschäftigten mindestens die Sozialstruktur der Kommune abbilden, was den Anteil der Förderschul-AbsolventInnen und MigrantInnen insbesondere betrifft.

Kooperation von Kommune und Hochschule

Städte, die Hochschulstandort sind, verzichten oftmals auf die Möglichkeiten, die sich daraus ergeben.

Hochschulpolitik der Kommune sollte eingebettet sein in eine Stadtentwicklungspolitik, die die wissenschaftlichen Angebote der Hochschule für die besonderen Fragestellungen und Entwicklungsaufgaben der Kommune nutzt.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- ein Kooperationskonzept zwischen Kommune und Hochschule, das beiderseitigen Interessen dient, die jeweiligen Möglichkeiten den Partnern zur Verfügung stellt (Z. B. kann der Bevölkerungsrückgang in Seminaren wissenschaftlich untersucht werden und der Kommune Vorschläge gemacht werden; die Kommune kann Praktikumsplätze zur Verfügung stellen);
- einen kommunalen Hochschulbeirat, der die Belange der Hochschule in der Stadt in den Blick nimmt;
- einen kommunalen Studierendenbeirat, der die Bedürfnisse der Studierenden, vor allem die Wohn-, Praktikums- und Verkehrsbedürfnisse, in die kommunalen Gremien einbringt;
- eine kommunale Organisation der Kontakte zwischen Schulen und Hochschulen, damit es nicht es dem Zufall überlassen bleibt, ob die Schüler/innen von den Angeboten der Hochschulen Gebrauch machen können;

Weiterbildung – vhs

DIE LINKE ist der festen Überzeugung, dass Lernen ein lebenslanger Prozess ist. Lernen kann in unserer, sich schnell verändernden Gesellschaft, nicht zu einem festen Zeitpunkt aufhören. Bereits die letzte rot-grüne Landesregierung hat massive Kürzungen der Geldmittel vorgenommen, die aktuelle Landesregierung von CDU/FDP setzt diesen Kürzungswahn weiter fort. Dieses ist unverantwortlich und führt die Volkshochschulen an den Rand der Handlungsfähigkeit. In den letzten zwei Wahlperioden sind die Finanzmittel der Volkshochschulen um 28 % gesenkt worden. Dieses ist der falsche Weg! Da Wissen und Kompetenzen zu oft daran gemessen werden, inwieweit sie für den Arbeits- und Konsummarkt verwertbar sind, wird die LINKE insbesondere die einzige Weiterbildungseinrichtung unterstützen, die nicht in privater Hand liegt, die Volkshochschule!

DIE LINKE tritt ein für:

- den Ausbau des flächendeckenden Angebots der Volkshochschulen.
- den Ausbau der kulturellen, musischen, staatsbürgerlichen, künstlerischen und anderen Bildungsangebote, damit die BürgerInnen nicht nur beruflich verwertbare Angebote vorfinden, sondern auch solche, die ihrer persönlichen Entfaltung und Verwirklichung dienen.
- die Orientierung der Arbeitsbedingungen der DozentInnen an den geltenden Standards und Besoldungsgruppen. Die Qualität der Kursangebote darf nicht zugunsten geringerer Honorarkosten leiden.

Kommunale Finanzierung von Bildung

Die zunehmende Finanzbelastung der Kommunen und die weiterhin ungerechte Lasten- und Steuerverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden lässt die Finanznot der Kommunen weiter steigen. DIE LINKE setzt sich nachdrücklich für eine

gute und angemessene Sach- und Raumausstattung aller Bildungseinrichtungen ein.

Das neue Schulgesetz gibt zwar den Schulen angeblich mehr Selbstständigkeit, lässt aber die Kommunen in ihren kommunalen Bildungsplanungen außen vor. Für die Kommunen gehört Bildungsplanung aber zur Stadtentwicklungspolitik, wie der Deutsche Städtetag sie fordert.

Deshalb fordert DIE LINKE von der Landesregierung:

- ausreichende Finanzmittel für die Kommunen, damit diese ihren schul- und bildungspolitischen Aufgaben in vollem Umfang und den Anforderungen entsprechend gerecht werden können;
- mehr kommunale Möglichkeiten, bei der Mittel- und Stellenvergabe nach dem Bedarf der Stadtbezirke und der dort ansässigen Schulen zu agieren, um durch unterschiedliche Mittel- und Stellenzuweisungen soziale und familiäre Ungleichheiten in den Bildungschancen der kommenden Generationen auszugleichen;

In der Kommune fordert DIE LINKE:

- Kommunale Gremien dürfen ihre finanziellen Probleme nicht über Privatisierungen bzw. PPP in andere Bereiche verschieben;
- die kommunalen Mittel so umzuschichten, dass im Interesse der BürgerInnen eine lebenswerte Kommune entsteht, die das Recht von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen auf eine Persönlichkeit entwickelnde, umfassende Bildung umsetzt.

9. Für die Rechte der Jugend!

Kinder und Jugendliche haben, wie Erwachsene, die Grundrechte auf Gleichstellung und Teilhabe. Sie sind aktiv und können eigenständig und verantwortlich handeln. Dennoch wird Kinder- und Jugendpolitik mit dem Verweis auf leere Kassen, seit Jahren vernachlässigt.

Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe werden gekürzt. Die Folgen ist mangelnde Gerechtigkeit beim Zugang zu Bildungs- und Freizeitangeboten und Ausbildung. Dem tritt DIE LINKE entgegen.

Jugendzentren sind ein wichtiger Bestandteil im Leben vieler Jugendlicher. Die kommunale Sparpolitik bedroht bestehende Jugendfreizeitstätten oder verhindert deren Einrichtung, wo sie dringend gebraucht würden.

Kinder und Jugendliche brauchen einerseits Freiräume ohne Kontrolle, sind aber auch andererseits Hauptnutzer von Spiel- und Sportplätzen. Durch rechtliche Vorgaben, zeitliche Einschränkungen oder zu große Entfernungen werden Kinder und Jugendliche in ihrer Freizeitgestaltung behindert.

Kinder und Jugendliche können selbst am besten artikulieren, was ihre Bedürfnisse und Wünsche sind. Dennoch entscheidet die Politik vor Ort an ihnen vorbei.

Kultur ist ein wichtiger Bestandteil in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen. Dabei kommt der aktiven kulturellen Betätigung eine ebenso große Bedeutung zu wie die Teilhabe am kulturellen Leben.

In Zeiten der gesellschaftlichen Spaltung in Arm und Reich ist die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen unverzichtbar. Besonders Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien haben vielfach einen besonderen Förderungs- und Hilfebedarf.

Obwohl die offizielle Statistik einen Rückgang der Arbeitslosenzahlen ausweist, gibt es eine hohe Zahl von Jugendlichen, die entweder von ALG II betroffen sind oder keine Aussicht auf einen Ausbildungsplatz haben. Die Kommunen müssen als Vorbild für den öffentlichen Dienst in der Ausbildung vorangehen.

DIE LINKE tritt ein für:

- eine 10%-Ausbildungsquote für städtische Betriebe und Verwaltung einschließlich einer Übernahmegarantie;
- die Schaffung von kommunalen Aus- und Weiterbildungsverbänden unter der Beteiligung der Agentur für Arbeit, des Handwerks, der Verbände, der Volkshochschule, des Sozialamtes und des Jugendamtes;
- Praktikums-Vergütungen in städtischen Betrieben und Verwaltungen; außerdem Begründungspflicht, wenn Praktikanten außerhalb von Pflichtpraktika eingestellt werden;
- die generelle Genehmigung der örtlichen ARGE bei Auszug von Jugendlichen unter 25 Jahren aus einer Bedarfsgemeinschaft;
- die besondere Förderung von Kinder- und Jugendeinrichtungen in sozial belasteten Stadtteilen und selbstverwalteter Jugendzentren mit Sach- und Personalausstattung;
- die Schaffung einer Jugendfreizeiteinrichtung in jedem größeren Stadtteil und jeder größeren Gemeinde. Deren Betrieb übernimmt die Kommune mit bedarfsgerechten Angeboten und Öffnungszeiten;
- den Erhalt von Freiflächen als zwanglose Treffpunkte und Lernorte;
- die Schaffung von Freiräumen für SprayerInnen und SkaterInnen;
- die Nutzung von Sportplätzen, -hallen und Schwimmbädern, unabhängig von Vereinszugehörigkeit;
- die Schaffung und den Ausbau wohnungsnaher Spielplätze, Abenteuerspielplätze und ähnlicher Einrichtungen;
- Öffnung aller Schulhöfe als Spiel- und Aufenthaltsräumen;
- flächendeckende Einführung kostenloser Ferienspielaktionen und kostengünstiger Ferienfreizeiten;
- einen Kinder- und Jugendrat auf kommunaler Ebene, mit Vertretungsrecht in den örtlichen Parlamenten;
- dessen Beteiligung an allen kinder- und jugendrelevanten kommunalen Entscheidungen;
- Senkung des Wahlalters bei Bürgerbegehren, -entscheiden und Kommunalwahlen auf 14 Jahre;
- eine ausreichende personelle und finanzielle Unterstützung von kulturellen Ju-

gendinitiativen, mit der Schaffung von kostenlosen Proberäumen;

- Kinder- und Jugendkultur als verpflichtender Bestandteil im Kinder- und Jugendförderplan mit Angeboten, Bedarf und Finanzierung;
- kostenlose Musik- und Kunstschulen;
- kostenlosen Eintritt für Kinder und Jugendliche bei allen kommunalen Veranstaltungen;
- Hilfsangebote, die an den Interessen und dem Bedarf der betroffenen Kindern und Jugendliche orientiert sind;
- Hilfen zur Erziehung müssen unabhängig von ev. Haushaltssperren angeboten werden;
- den Ausbau von Beratungsangeboten für Kinder und Jugendliche;
- zielgruppengerechte Informationen für Kinder, Jugendliche und Familien zu allen Hilfs- und Beratungsangeboten.

10. Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit

Von der Gleichberechtigung der Geschlechter sind wir weit entfernt. Denn wesentliche Forderungen der Frauenbewegung sind nach wie vor nicht erfüllt: Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Leben in Sicherheit und ohne Gewalt, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.

Die knappen kommunalen Kassen dienen als Begründung, um Maßnahmen für Frauen zusammenzuziehen, die Zuschüsse für ihre Einrichtungen in Städten und Gemeinden zu kürzen. Wir wollen eine aktive Gleichstellungspolitik in den Kommunen, die den Frauen die volle Teilhabe an allen gesellschaftlichen Entscheidungen ermöglicht, ohne ihnen dafür den Verzicht auf persönliche Entfaltungsmöglichkeiten abzufordern.

Politik vor Ort muss Angebote für alle unterschiedlichen Lebensformen, nicht nur für die bürgerliche Ehe, entwickeln. Das schließt Lebensweisen von Lesben, Schwulen und Bisexuellen mit ein. Die besonderen Lebensproblematiken von Intersexuellen sowie Transgendern sind unterstützend mit zu berücksichtigen.

In den Kommunen werden Frauen und Mädchen nicht genügend bei dem Einsatz öffentlicher Mittel (beispielsweise im Sportbereich) berücksichtigt. Das Instrument „Gender Budgeting“ soll in den Kommunen eingesetzt werden, um eine Gleichstellung von Männern und Frauen bei der Mittelverteilung zu erreichen.

DIE LINKE. tritt ein für:

- den Erhalt und Ausbau von Frauenhäusern und Zufluchtsorten für Frauen und Kindern, die von Gewalt betroffen bzw. bedroht sind;
- einen weitergehenden Schutz gegen Abschiebung bzw. ein Bleiberecht von Migrantinnen, die familiärer Gewalt oder auch erzwungener Prostitution ausgesetzt sind;

- die besondere Förderung und den Erhalt von Frauen- und Mädchenprojekten;
- die Förderung von Treffpunkten für Mädchen;
- die Förderung von Treffpunkten für Lesben und Schwule;
- ein ausschließliches Teilnahme- und Entscheidungsrecht für Frauen in frauenspezifischen Fragen;
- besondere Maßnahmen zur Unterstützung alleinerziehender Frauen vor Ort, u. a. bei Wohnungsbeschaffung, Kinderbetreuung und Versorgung im Krankheitsfall;
- die Ersetzung von Mini-Jobs durch versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in den kommunalen Verwaltungen;
- die konsequente Umsetzung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“, in den Verwaltungen;
- die systematische Förderung von Frauen und eine Selbstverpflichtung der Räte, Frauen in kommunalen Verwaltungen tatsächlich zu befördern;
- einen kommunalen Ersatz für die weggefallene Stelle „Frau und Beruf“;
- Förderung des beruflichen Wiedereinstiegs von Frauen;
- Programme zur frauenspezifischen Gesundheitsvorsorge für alle Frauen, unabhängig von ihrer finanziellen Situation;
- kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln für Frauen in finanziellen Notlagen;
- Berücksichtigung von Fraueninteressen beim ÖPNV (z. B. Nachttaxi);
- sichere Stadt (Beleuchtung, Wege, Frauenparkplätze, Notrufeinrichtungen ...)
- Verbesserung der Situation der Menschen in Altenheimen (77% der Bewohner sind Frauen)

11. Für ein gleichberechtigtes und solidarisches Miteinander – Integration vor Ort gestalten!

Eine gelungene Integration kann nur von unten, also konkret vor Ort aufgebaut werden. Denn das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturkreise findet hauptsächlich in den Kommunen statt. Hierfür müssen Bund und Land die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen. Für DIE LINKE ist die beste Integrationspolitik die Politik der sozialen Gerechtigkeit. Die Kommunen brauchen durchgreifende Unterstützung, damit sie Konzepte entwickeln und Maßnahmen wirksam umsetzen können. Migrantinnen und Migranten sind auch in NRW stark benachteiligt. Mit 17,9 Prozent ist die Erwerbslosenquote unter diesen Menschen fast doppelt so hoch wie im Gesamtschnitt. Über 20% der ausländischen und eingebürgerten Menschen in NRW besitzen keinen Schulabschluss. Knapp 60% der Migrantinnen und Migranten haben keine berufliche Ausbildung.

Unsere Gesellschaft wird immer vielfältiger und bunter. Wohin sie sich entwickelt, hängt entscheidend davon ab, ob alle Betreffende sich gemeinsam und solidarisch an den Prozessen beteiligen und mitgestalten. Wichtige Voraussetzung hier-

für sind Toleranz und ein respektvolles Verständnis für andere Lebensweisen, sofern diese nicht mit den individuellen Freiheiten im Widerspruch stehen. Integration erfordert beidseitige Bereitschaft, einander zu verstehen und sich auf die neue gesellschaftliche Realität einzulassen. Die Integrationshindernisse, die angegangen werden müssen, liegen auf der Hand. Räumliche Segregationstendenzen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit bei Menschen mit Migrationshintergrund. Hinzu kommen mangelnde Bildungsgerechtigkeit, mangelnde Möglichkeiten der politischen Teilhabe und nicht zuletzt der Rassismus im Alltag. Das Abschieben der Verantwortung auf Bundes- und Landesebene hilft den Betroffenen nicht weiter. Hier müssen die Kommunen ihre Einfluss- und Druckmöglichkeiten konsequenter wahrnehmen - und gleichzeitig mit den gegebenen Möglichkeiten die Integrationsarbeit in allen Handlungsfeldern vor Ort forcieren.

Wir setzen uns für einen Dialog zwischen allen Menschen unterschiedlicher Kulturen ein, in dem gegenseitige Vorurteile abgebaut und ein solidarisches friedliches Zusammenleben gestärkt wird. In vielen Kommunen sind die Probleme erkannt worden. Es gibt aber eine nicht zu übersehende Diskrepanz zwischen der Beschreibung der Problemlage und dem Aufzeigen von möglichen Lösungen. Die Gefahr besteht, dass Integrationspolitik zur reinen Symbolpolitik verkommt. Verbesserungen können nur gelingen, wenn notwendige Ressourcen zur Verfügung gestellt und Strukturveränderungen durchgeführt werden.

Die LINKE tritt ein für

- ein Integrationsverständnis, das unter Einbeziehung aller Migrantinnenorganisationen und des Integrationsbeirates parteiübergreifend im Rat entwickelt wird. Damit wird eine Grundlage geschaffen, dass sich alle Menschen heimisch und akzeptiert fühlen.
- ein Wahlrecht für Alle, die seit Jahren hier leben. Der erste Schritt dorthin ist die Ausdehnung des Kommunalwahlrechts auch auf alle Nicht-EU-BürgerInnen, die ihren Lebensmittelpunkt hier haben.
- ein Integrationsbeirat (Ausländerbeirat), der mit anderen Ratsausschüssen



gleichgestellt wird. Seine Einbindung in alle entscheidende Fragen wird durch Politik und Verwaltung gewährleistet.

■ ein kommunales wohnraumpolitisches Konzept, in dem die Stadt die räumliche Abschottung gezielt verhindert. Die Stadt hat dafür Sorge zu tragen, dass keine sozial-kulturell bedingten Segregationen entstehen.

■ öffentlich geförderte interkulturelle Projekte und Ansätze. Das gilt besonders in der Jugendarbeit.

■ zusätzliche Förderangebote für Kinder mit Migrationshintergrund in Kitas und Schulen. Darunter fällt insbesondere die Förderung der Herkunftssprache, um die Integration aber auch Bildungs- und Berufschancen zu verbessern. Antirassistische Arbeit wird außerdem in Schulen kontinuierlich gefördert.

■ interkulturelle Öffnung und Kompetenzstärkung der Verwaltung. Bei Neueinstellungen in der Verwaltung werden entsprechend der Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund berücksichtigt. Antidiskriminierungsmaßnahmen werden im Bereich Arbeitsmarkt getroffen und durchgesetzt. Eine Stelle gegen Diskriminierung wird in der Verwaltung installiert.

■ Gewissens- und Religionsfreiheit aller Menschen mit all ihren Strukturen und aktiv gegen jegliche diskriminierende Handlungen.

■ konsequente Verhinderung der Sammelunterkünfte, für Installierung einer Härtefallkommission, schulische Ausbildung und medizinische Versorgung für Flüchtlinge und Illegalisierten. Für alle „Illegalisierten“ wird ein Konzept zur „Legalisierung“ (Erteilen von Aufenthaltsgenehmigung) erstellt. Es soll zudem bei der Vermittlung von Erwerbsarbeit besondere Hilfestellung gegeben und der Druck auf andere staatliche Instanzen zur Änderung der gesamten Flüchtlingspolitik verstärkt werden.

■ aktive Städtepartnerschaften bzw. Städtefreundschaften mit solchen Kommunen und Regionen, aus denen die hier lebenden Menschen ursprünglich stammen. Projektbezogene Partnerschaften werden zudem gezielt initiiert.

12. Für gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen – gegen Ausgrenzung!

Noch immer werden Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft ausgegrenzt: Laut Grundgesetz darf niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Zwar wurde vieles in den letzten Jahren geändert, jedoch ist das grundgesetzlich verbriefte Recht immer noch nicht umgesetzt.

Für DIE LINKE ist Behindertenpolitik ein Querschnittsthema, das in alle Politikfelder einfließt. Unser Ziel ist es, Menschen mit Behinderungen, ob jung oder alt, eine unabhängige Lebensführung und die volle Teilnahme an allen Aspekten des Lebens zu ermöglichen.

Arbeitsgrundlage für die LINKE ist die UN-Konvention „Für die Rechte behinderter Menschen“.

DIE LINKE tritt ein für:

- die Umsetzung der UN-Konvention „Für die Rechte behinderter Menschen“ auf kommunaler Ebene;
- die Aufhebung von Gesetzen, Verordnungen und Gepflogenheiten die eine Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen beinhalten;
- wirksame und geeignete Maßnahmen, um auf allen Ebenen der Gesellschaft, einschließlich der Familie, das Bewusstsein für Menschen mit Behinderungen zu erhöhen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu fördern;
- den Bau integrativer Mehrgenerationenhäuser in urbaner Lage, statt Bau neuer Heime, die behinderte oder alte Menschen isolieren;
- integrative Kindergärten und Schulen, damit behinderte und nicht behinderte Kinder frühzeitig und ohne Vorbehalte mit und voneinander lernen können;
- eine Verbesserung und Ausbau der Frühförderung behinderter Kleinkinder und den Ausbau von Spielplätzen mit behindertengerechten Spielgeräten;
- die alten- und behindertengerechte Architektur aller Neubauten und den schrittweisen barrierefreien Umbau alten Baubestands und sie in den Bebauungsplänen festzuschreiben
- die Beseitigung von Zwangshindernissen in privaten und öffentlichen Gebäuden und auf Straßen.
- Barrierefreiheit von Informations-, Kommunikations- und anderer Dienste, einschließlich elektronischer Dienste und Notdienste
- gesicherte Unterstützung und persönliche Assistenz für Menschen mit Behinderung auf öffentlichen Veranstaltungen;
- Qualifizierungsmöglichkeiten der kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um eine bestmögliche Hilfestellung für Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten und
- dass Verwaltungsvorgänge für Menschen mit Behinderungen nachvollziehbar sind;
- Fördermaßnahmen zur Eingliederung oder Wiedereingliederung behinderter Menschen ins Berufsleben, Betreuung und Unterstützung bei der Arbeitssuche
- dass die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen ihr Augenmerk darauf richten, behinderte Menschen auf reguläre Beschäftigungsverhältnisse vorzubereiten. DIE LINKE will verhindern, dass diese Menschen auf Dauer als billige Arbeitskräfte an die Werkstätten gebunden werden;

13. Altern in Würde ist ein unveräußerliches Menschenrecht.

Die höhere Lebenserwartung ist ein großer und erstrebenswerter zivilisatorischer Wert. Das Alter ist ein Lebensabschnitt mit eigenen Ansprüchen und Bedürfnissen, die nicht nur auf die Begriffe Rente, Pflege und Kosten reduziert werden dürfen. Die

Mitgestaltung an ein selbstbestimmtes Altern in Würde ist für Seniorinnen und Senioren ein unabdingbares Recht und eine wichtige Verpflichtung für die Kommune.

Im Zentrum unseres Engagements stehen insbesondere die Seniorinnen und Senioren, die infolge des neoliberalen Kurses der Politik zur Wahrung ihrer Rechte und Chancen der Hilfe und Unterstützung des Gemeinwesens bedürfen.

Die Seniorinnen und Senioren werden für künftige politische Mehrheits-Entscheidungen ausschlaggebend sein. Wir fordern die Erstellung eines langfristig konzipierten kommunalen Altenhilfeplanes. Dieser muss in Zusammenarbeit mit Gemeinde-/Stadtrat/Kreistag, Verwaltung und Seniorenbeirat die Inhalte und Richtlinien für die kommunale Seniorenpolitik erstellen. Zu berücksichtigen sind hierbei die sich abzeichnenden demografischen und sozialen Entwicklungen (u.a. Rentenkürzung, Veränderung der Quantität von Krankheitsbildern). Hierbei muss vor allem der gesellschaftlichen Ausgliederung der Seniorinnen und Senioren entgegen gewirkt und die Sicherung der Altenpflege in kommunaler Verantwortung gewährleistet werden.

DIE LINKE tritt ein für:

- Verbleib älterer Menschen in ihrem gewohnten Wohnumfeld
- Begegnungsangebote in erreichbarer Nähe (u.a. Sport, Bildung, Kultur, Freizeitgruppen ...);
- Ehrenamt, Selbsthilfeprojekte und Mitarbeit in der Politik
- Bedarfsgerechten Bau und Ausbau sozialer Wohnformen, die ein altersgerechtes und selbstbestimmtes Wohnen ermöglichen;
- Förderung von Wohnprojekten für Senioren-Wohngemeinschaften
- Förderung von Wohnprojekten, in denen Alt und Jung zusammenwohnen können;
- Förderung der Mobilität der Seniorinnen und Senioren durch den ÖPNV
- Schaffung von dezentralen Einkaufsmöglichkeiten (Genossenschaften oder Vereine) in den Stadtteilen und Gemeinden
- Hilfen für den Verbleib älterer Menschen bei Erkrankungen in ihrem sozialen Umfeld
- Aufbau unabhängiger, dezentraler Pflegeberatungsstellen
- Erstellung von einheitlichen Qualitätsstandards für die Heimaufsicht
- Berufung der Heimaufsicht durch Verwaltung unter wesentlicher Mitwirkung des Seniorenbeirates
- Ausbau des Angebotes für bezahlbare Tages- und Kurzzeitpflege
- Erweiterung der Angebote zur Integration demenzerkrankter Menschen
- Verbesserung der Hilfe für pflegende Angehörige
- Ausbau der Versorgung der Paliativ-Medizin und Verbreiterung des Hospizangebotes
- Förderung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
- Berücksichtigung älterer Arbeitnehmer bei Einstellungen in der Verwaltung sowie bei kommunalen Eigenbetrieben
- Einhaltung des Kündigungsschutzes im öffentlichen Dienst;

14. Zugang zur Kultur für Alle!

Für DIE LINKE ist Kultur eine Grundlage persönlicher Selbstentfaltung und gesellschaftlicher Teilhabe. Sie allen Menschen zugänglich zu machen, ist unsere zentrale Forderung. Kultur ist das, was unser Leben ausmacht. Eine hoch entwickelte kulturelle Infrastruktur und eine lebendige „Freie Szene“ erhöhen die Lebensqualität in einer Gemeinde. Alle Städte und Kreise in Nordrhein-Westfalen geben Geld für „große“ und „kleine“ Kultur aus. Für sie ist Kulturförderung ein Teil ihres kommunalen Selbstverständnisses. Von Theatern, Museen, Orchester und Bibliotheken, über Musik- und Kunstschulen bis hin zu Volkshochschulen und Denkmalpflege.

Trotz der relativ hohen Ausgaben gelingt es nicht, „Kultur für alle“ zu organisieren. Kultur ist Lebensgrundlage dieser Gesellschaft und bedarf des Schutzes und der Förderung. Neben dem Schutz der Umwelt sollte auch der Schutz der kulturellen Grundlagen seinen Platz in der Landesverfassung haben.

Insbesondere ältere Menschen mit geringen Renten und Kinder, die von ALG II leben, werden Tag für Tag ihrer Chancen auf gesunde Ernährung und gute Bildung beraubt. Darüber hinaus können sie sich keine kulturelle Teilhabe leisten, während die CDU behauptet, sie „wolle keinen zurücklassen“.

Auch in der Kultur wird verstärkt der Rotstift angesetzt. Die Sanierung öffentlicher Kassen auf Kosten von Kunst und Kultur lehnen wir entschieden ab. Stattdessen befürworten wir eine Zusammenarbeit zwischen Kommunen, die sich gegenseitig fördern, um bestehende kulturelle Einrichtungen besser zu nutzen. Denn Kultur hat an Lebensqualität, Identität, Wachstum, Integration und Bildung in einer Kommune entscheidenden Anteil und ist somit eine unverzichtbare Grundlage für ein soziales und gerechtes gesellschaftliches Zusammenleben.

DIE LINKE will deshalb Kulturpolitik neu ausrichten. Für uns stehen nicht einige, wenige Großereignisse im Jahr im Vordergrund, sondern die Förderung vieler kleiner Projekte und Einrichtungen, die für alle zugänglich sind. Aufgabe der öffentlichen Hand ist die finanzielle Unterstützung einer breiten Kultur für alle, um die Vielfalt zu sichern. Wenn gerade in Zeiten knapper Kassen hauptsächlich „Leuchtturmprojekte“ gefördert werden, bleibt diese auf der Strecke.

DIE LINKE verfolgt das Ziel, Respekt, Toleranz und Vielfalt zu fördern. Deshalb setzt sie sich für die Förderung antirassistischer und interkultureller Kultur- und Bildungsangebote anstelle einer angeblichen „Leitkultur“ ein.

Film und Fernsehen bieten eine Chance, sozialpolitische Themen für weite Kreise der Bevölkerung interessant zu machen und die notwendigen Informationen zur breiten Mitwirkung im Gemeinwesen leicht verständlich aufzubereiten. Solche Projekte gilt es zu fördern. Deshalb setzen wir uns für den Ausbau des selbst verwalteten, unabhängigen Bürgerfunks ein, statt ihn weiter einzuschränken.

Sponsoren und Mäzene dürfen keinen bestimmenden Einfluss auf öffentliche Kulturangebote erhalten. Denn Kulturförderung ist eine Kernaufgabe der Kommunen. Sie muss angemessen und nachhaltig erfolgen.

Programmvierfalt versprechen drinnen und draußen die Angebote der freien Kulturszene „Nischenkultur“, Szenetreffe, Ausstellungen und Kleinkunsthöhen. DIE LINKE fordert materielle und ideelle Unterstützung für Theatergruppen aus unterschiedlichen Kulturen und Schichten.

DIE LINKE tritt ein für:

- die Neuausrichtung der kommunalen Kulturpolitik in Richtung „Kultur für Alle“;
- die Förderung der kulturellen Vielfalt, statt „Leuchtturmprojekte“;
- eine antirassistische, interkulturelle Politik statt „Leitkultur“;
- die Förderung des freien Bürgerfunks, die Aufhebung der gekürzten Sendezeiten und die Wiedereinführung der Sendezeiten am frühen Abend
- die Wiedereinführung des Musikunterrichts, wo er in den Schulen ausfällt;
- das Erlernen eines Instrumentes Dies muss so bald wie möglich fester Bestandteil des Vor- und Grundschulunterrichts werden. Die Finanzierung muss verlässlich vom Land übernommen werden;
- die ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung der Musikschulen;
- Sozialtarife an Musik- und Volkshochschulen für sozial schwache Menschen und kostenlose Angebote für deren Kinder;
- Förderung von Auftritten freier Theater- und Musikgruppen
- den Erhalt und Ausbau kommunaler Kultureinrichtungen

15. Ausreichende Sport- und Freizeiteinrichtungen

Sport- und Freizeiteinrichtungen sind notwendig für Erholung und Entspannung. Wir wehren uns gegen eine Privatisierung städtischer Sporteinrichtungen, insbesondere von Sporthallen und Schwimmbädern. Diese müssen Schulen und Vereinen in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Der Zugang zu öffentlichen Sportstätten und Schwimmbädern muss jedem möglich sein. Deshalb fordert DIE LINKE insbesondere für Kinder aus sozial schwachen Familien freien Eintritt.

Sportliche Betätigung leistet einen wichtigen Beitrag zu Gesundheit, Gemeinschaft und kultureller Teilhabe. Von einfachen Übungen im Vorschulalter und dem Schulsport, über sportliche Betätigung während der Berufsjahre, bis hin zu qualifizierter Bewegung im Alter. Auch dopingfreier Hochleistungssport mit seinen nationalen und internationalen Wettbewerben hat seine Daseinsberechtigung. Entsprechende Sportstätten für Leistungssportler sowie Talentförderung sind auch uns ein Anliegen. Hier gilt ebenfalls: Zugangsmöglichkeiten zum Hochleistungssport für alle. Aber auch ein barrierefreier Zugang für Menschen mit Behinderung

DIE LINKE tritt ein für:

- den Erhalt und Ausbau kommunaler Kultur-, Freizeit- und Sporteinrichtungen, ins-

besondere den Erhalt kommunaler Schwimmbäder;

- finanzielle Vergünstigungen für einkommensschwache Familien.

- Frei zugängliche Familien-, Single- und Jugendsportveranstaltungen durch das Sportamt

16. Für den Ausbau kommunaler Demokratie!

DIE LINKE setzt sich für den Ausbau von Entscheidungsbefugnissen und Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger ein. Doch dies ist ohne direkte Demokratie, Mitwirkungsmöglichkeiten und Transparenz vor Ort undenkbar. Deshalb werden Fraktionssitzungen der Partei DIE LINKE in den Kommunen Nordrhein-Westfalens grundsätzlich beteiligungsoffen gestaltet.

Die Rechte der Kommunen müssen gegenüber Bund und Land ausgebaut werden. Wir setzen uns dafür ein, dass in allen Kommunen in Nordrhein-Westfalen der



Bürgerhaushalt eingeführt wird. In einigen Kommunen ist damit schon begonnen worden. Die Einführung eines Bürgerhaushaltes erstreckt sich über mehrere Jahre und muss vor Ort entwickelt werden.

Sobald wie möglich muss der gesamte Haushalt von Kommunen in einem regelmäßigen Beteiligungsverfahren aufgestellt werden. Denn so wird eine direkte Mitwirkung der Menschen an der kommunalen Schwerpunktsetzung möglich. Das ist das demokratische Gegenteil zu bloßer Information über eine schlechte Finanzlage oder die reine Abschiebung von Verantwortung. Beim Beteiligungsverfahren muss darauf geachtet werden, dass soziale Min-

derheiten besonders berücksichtigt und nicht außen vor gelassen werden.

Die Streichung der 5-Prozent-Hürde in der Gemeindeordnung war ein wichtiger Sieg. Doch immer noch enthält sie Bestimmungen, die den Wegfall der Hürde nicht konsequent umsetzen. Dies gilt z. B. für die Besetzung von Ausschüssen, das erforderliche Stimmrecht und geht bis zur Landschaftsverbandsordnung. DIE LINKE will in den Kommunen dem Willen und den Interessen der Mehrheit der Einwohnerinnen und Einwohner Geltung verschaffen und besonders jene unterstützen, die bisher von

den etablierten Parteien und Gruppierungen nicht hinreichend politisch berücksichtigt worden sind und deshalb kaum über Einfluss und Druckmittel verfügt haben. DIE LINKE versteht sich im Besonderen als Sprachrohr und Interessenvertretung für arme und finanzschwache Menschen in den Städten, Gemeinden und Kreisen.

Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich von kommunaler Politik auch deshalb nicht angesprochen, weil sie den Eindruck haben, dass vorwiegend gut situierte Bürgerinnen und Bürger in den Räten die Entscheidungen treffen, die nicht der Allgemeinheit, sondern der Befriedigung privater Interessen dienen. Wir werden jeden kommunalen „Klüngel“, den wir entdecken, öffentlich machen.

DIE LINKE wird dabei auch nicht konventionelle Formen politischen Protests anwenden. Für uns ist klar: Wenn auf Kosten der Mehrheit Beschlüsse für einzelne Gruppen, Firmen oder Konzerne gefasst werden sollen, werden wir die Öffentlichkeit informieren und die betroffenen Bürgerinnen und Bürger dagegen mobilisieren.

DIE LINKE lehnt Verwaltungsstrukturreformen ab, die zur Privatisierung öffentlicher Aufgaben führen, zur Verlagerung von Lasten auf die Kommunen oder ausschließlich darauf zielen, Personal abzubauen. Aufgabenkritik muss sich an Verbesserungen für die Einwohnerinnen und Einwohner orientieren und unter Beteiligung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Personalvertretungen und Gewerkschaften stattfinden.

DIE LINKE NRW tritt für eine Demokratisierung der Mittelinstanzen ein. Bestandteile dieser Demokratisierung können sein:

- die Direktwahl der Mitglieder der Regionalräte;
- perspektivisch die Weiterentwicklung der Regionalräte zu regionalen Wirtschafts- und Sozialräten, an denen Gewerkschaften und Umwelt- und Naturschutzverbände zu beteiligen sind;
- die Überprüfung der Aufgabenverteilung zwischen Bezirksregierungen, Regionalverbänden und Landschaftsverbänden mit dem Ziel der Stärkung demokratischer Beteiligung der Kommunen.

Die Übertragung von Planungsaufgaben auf den Regionalverband Ruhr (RVR) war ein Schritt in die richtige Richtung. Der Standortkonkurrenz von Landkreisen und Städten und der Herausbildung von Regionalräumen muss das Land auch mit dem Mittel von Verwaltungs- und Regionalstrukturreformen entgegenwirken. Dabei geht es sowohl um den Ausgleich zwischen Ballungsräumen und „Speckgürteln“ als auch um Raum für kommunale Kooperationen bei Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft und die Entwicklung von regionalen Konzepten z. B. in der Verkehrs- und Wohnungspolitik sowie für den Einzelhandel. Vieles kann nur noch städteübergreifend, regional gelöst werden.

DIE LINKE tritt ein für:

- die deutliche Senkung von Quoten bei Bürgerbeteiligungen auf allen politischen Entscheidungsebenen. Kommunalverwaltungen müssen demokratische Bürgeranträge und Bürgerbegehren unterstützen und nicht behindern;

- Service statt Ablehnung als Markenzeichen von Verwaltungen im Umgang mit Bürgerinitiativen;
- die Möglichkeit von Bürgeranträgen und Bürgerbegehren bei allen politischen Aufgaben der Kommune, auch bei haushaltsrelevanten Fragen;
- Bürgerversammlungen zu wichtigen kommunalen Problemen;
- die Demokratisierung des Kommunalwahlrechts: Einführung größerer Wahlmöglichkeiten bei den Kandidaten auf den Listen, wie Kumulieren und Panaschieren. DIE LINKE NRW unterstützt diese Initiative von Mehr Demokratie e.V.;
- den Ausbau des öffentlichen Sitzungsteils von Kommunalparlamenten, auch bei Beschlüssen und die Offenlegung mandatsbezogener Nebeneinkünfte von Kommunalpolitikern, z. B. in Aufsichtsratsgremien oder von Managergehältern städtischen Beteiligungsunternehmen und deren Begrenzung;
- die Rücknahme der Einschränkungen in der Gemeindeordnung durch die schwarz-gelbe Landesregierung und ihre gründliche Reform;
- die Bildung von bürgerschaftlichen Nutzer- und Betroffenen-Beiräten auf allen wichtigen kommunalpolitischen Handlungsfeldern und bei städtischen Beteiligungsunternehmen. Dies umfasst z. B. Fahrgastbeiräte, Mieterbeiräte, Beiräte von Schwimmbädern, ArGe-Beiräte;
- die konsequente Beachtung der Geschlechtergerechtigkeit, auch bei öffentlichen Leistungen des Stadthaushaltes. Dies muss bei den Ausgaben berücksichtigt und geschlechtsspezifisch dargestellt werden;
- unbürokratische und bürgerfreundliche Fragestunden. So können Informationsmängel aufgelöst und der Abstand zwischen EinwohnerInnen und kommunalen Gremien verringert werden;
- die Stärkung der Rechte der Bezirksvertretungen. Sie müssen über einen Haushalt verfügen, der ihre Handlungsfähigkeit sicherstellt;
- die Wiederanpassung von Amtszeit und Wahlperiode der Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte an die der kommunalen Vertretungskörperschaften.
- die Direktwahl der Mitglieder der Verbandsversammlungen und Direktoren von Regionalverbänden wie dem Regionalverband Ruhr (RVR).

17. Faschismus und Neofaschismus ist keine Meinung – sondern ein Verbrechen!

Rechtsextreme und neofaschistische Organisationen versuchen flächendeckend, in Nordrhein-Westfalen Fuß zu fassen. Unter dem falschen Deckmantel „Bürgerbewegung“ wollen sie mit rechtspopulistischer Propaganda in die Stadt- und Gemeinderäte einziehen.

Rechtsextremismus zeigt sich im Denken und Handeln nicht weniger Menschen bis tief hinein in die Mitte der Gesellschaft. Entsprechend hängt sich faschistische bzw. rechtsextreme Propaganda in den letzten Jahren immer stärker an politische

Kampagnen der bürgerlichen Mitte an. So ist die Kampagne des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch gegen kriminelle ausländische Jugendliche, die von der CDU-Führung gestützt wird, zentraler Bestandteil der Politik der NPD.

Mit Kampagnen „gegen Islamisierung und Moscheebauten“ bedient Pro NRW Ängste und Vorurteile, die sich zu großen Teilen in der Mitte der Bevölkerung wieder finden und auch von den großen Medien widerspiegelt werden. NPD, sogenannte Autonome Nationalisten und Freie Kameradschaften versuchen, auf den Straßen den öffentlichen Raum zu erobern und finden dabei oft genug die Unterstützung der Gerichte. Nahezu jedes Wochenende marschieren sie in einer Stadt in Nordrhein-Westfalen und verbreiten ihre braune und fremdenfeindliche Propaganda. Sie veranstalten Feste und Konzerte, verteilen rassistische und volksverhetzende Musik-CDs in und vor Schulen. Besonders Jugendliche gehören zur erklärten Zielgruppe der Neonazis. Moscheen und Synagogen werden mit braunen Parolen beschmiert, Religionsfreiheit mit Füßen getreten. Auch in Nordrhein-Westfalen häufen sich die Übergriffe auf AntifaschistInnen und MigrantInnen, auf Ältere und Behinderte, auf Homosexuelle, anders lebende und anders aussehende Menschen.

Dem tritt DIE LINKE entschieden entgegen. Wir wollen offene, tolerante, sichere und bunte Städte und Gemeinden. National befreiten Zonen setzen wir ein angstfreies und solidarisches Zusammenleben entgegen. Rassistische und neofaschistische Hetze bekämpfen wir auf allen Ebenen gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern, auf Demonstrationen, in Netzwerken gegen Rechts, in Jugend- und Kulturbündnissen.

Wir setzen uns ein für den Dialog mit MigrantInnen, um gegenseitige Ängste und Vorurteile abzubauen und ein solidarisches und friedliches Zusammenleben zu ermöglichen. Auch die kommunale Verwaltung soll sich an diesen Richtlinien orientieren. Egal, ob Ordnungs-, Jugend-, oder Gesundheitsamt, kommunale Verwaltung hat eine politische Verantwortung. Sie soll daran arbeiten, eine lebenswerte Kommune für alle Menschen, jenseits ihrer Herkunft oder ihrer Lebensweise, zu schaffen. Zuständige Stellen bei Polizei und Verwaltung dürfen die zunehmende Präsenz neofaschistischer Organisationen in unseren Städten nicht länger ignorieren, sondern müssen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Gegenmaßnahmen entwickeln.

DIE LINKE tritt ein für:

- die Unterbindung neofaschistischer Aktivitäten durch Gerichte, Polizei und Verwaltung unter Nutzung aller rechtlichen Mittel;
- das Engagement von Stadträten, Gemeinderäten und Kreistagen auf Landesebene für ein Verbot neofaschistischer Organisationen;
- die Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur kommunalen Bildungs- und Aufklärungsarbeit gegen Neofaschismus, besonders an Schulen, in Jugend- und Familien-einrichtungen;
- Ratsbeschlüsse zu kommunalen Aktionsplänen gegen Rechts und rasche Umsetzung durch die Verwaltung;



- Förderung von kultureller und jugendpolitischer Arbeit gegen Rechts;
- die Einrichtung einer Informations-, Beratungs- und Bildungsstelle gegen Rechts-extremismus und die Förderung von kommunalen Bündnissen gegen Rechts;
- die Einrichtung von Schutzräumen und Anlaufstellen für die Opfer rassistischer und neofaschistischer Gewalt mit Projekten, wie z. B. „Noteingang“ oder dem „anti-rassistischen Telefon“;
- die Verweigerung von Unterstützung von städtischer Seite für Kulturveranstaltungen, die die Nazizeit verherrlichen oder Geschichte verfälschen;
- das Schleifen von Kriegerdenkmälern, die Heldentum glorifizieren. Sie sind durch Mahnmale zu ersetzen, die das Leid, den Schrecken und die Gräueltaten beider Weltkriege verdeutlichen;
- die Umbenennung von Straßen und Plätzen, die immer noch Namen von Nazigrößen und Eroberungskriegern tragen;
- die Etablierung von Aktionen zum Gedenken an die Opfer der Nazi-Zeit, wie z. B. die „Stolpersteine“.

18. Für eine kommunale Friedenspolitik!

Gerade die letzten Jahre belegen: Jagd nach Rohstoffen, z. B. Erdöl und neuen Absatzmärkten erhöhen das Kriegsrisiko. Die NATO und die europäischen Staaten versuchen zunehmend, ihre Interessen mit militärischen Mitteln durchzusetzen. DIE LINKE ist Teil der Friedensbewegung. Wir sind gegen Bundeswehreinräuschungen mit ihren Kosten und Folgekosten und gegen Rüstungsprojekte. Denn sie vergrößern die Finanznot der Kommunen.

Als Alternative sehen wir zivile Konfliktvermeidung und -lösung. Der Ausbau der Zusammenarbeit ziviler Institutionen, wie Polizei und Verwaltung mit der Bundes-

wehr dient dazu, den Einsatz der Armee im Inneren voranzutreiben. Internationale Städtepartnerschaften hingegen können das Kennenlernen und ein friedliches Zusammenleben fördern.

DIE LINKE tritt ein für:

- die Beendigung der zivilmilitärischen Zusammenarbeit durch die Kommunen;
- den Stopp der Werbung für die Bundeswehr in kommunalen Einrichtungen, in Arbeitsämtern und Schulen;
- die Beteiligung von Städten und Gemeinden am Netzwerk „Citys for Peace“;
- den Beitritt von OberbürgermeisterInnen, BürgermeisterInnen und LandrätInnen zum Bündnis „Mayors for Peace“;
- den Ausbau von Städtepartnerschaften, um die internationale Zusammenarbeit von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Vereinen und Kultureinrichtungen zu stärken.

19. Kommunalfinanzen verbessern – kommunale Daseinsvorsorge sichern.

Die kommunale Finanzausstattung befindet sich in einer strukturellen Schieflage. In den vergangenen Jahren lag der durchschnittliche Anteil der Kommunen am gesamten Steueraufkommen nur noch bei rund 13 Prozent. Auf besonders niedrigem Niveau sind die Steuereinnahmen der ostdeutschen Städte und Gemeinden. Ein Grund, warum auch weiterhin finanzschwache Städte im Westen über den Solidarpakt Finanzmittel in den Osten transferieren müssen. Die massive Verschuldung der Kommunen in NRW lag Mitte 2007 bei einem neuen Rekordstand von 13,7 Mrd. Euro. Nicht verwunderlich ist, dass 197 Kommunen ihren Haushalt mit Haushaltssicherungskonzepten führen und 115 von ihnen sogar mit einem Nothaushalt arbeiten mussten. Das hat verheerende Auswirkungen für den Arbeitsmarkt und die örtliche Wirtschaft.

Die Situation der Kommunen wurde zudem durch die Landesregierung und die CDU/FDP-Koalition verschärft. Die Rückführung der Nettoneuverschuldung des Landes wurde zulasten der Kommunen erreicht. Strukturelle Zuweisungen wurden entzogen und zusätzliche Belastungen aufgebürdet. Das Land hat sich im Zeitraum 2006 - 2008 um fast 2,4 Mrd. Euro saniert. Die CDU/FDP-Landesregierung und die CDU/FDP Landtagsmehrheit brechen die Landesverfassung und missachten grob das Konnexitätsprinzip. Nach dem Konnexitätsgebot darf das Land den Kommunen neue Aufgaben nur dann zuweisen, wenn die damit einhergehenden Kosten den Kommunen durch das Land erstattet werden. Zwar hat das Land ein Konnexitätsausführungsgesetz, aber dessen Vorgaben werden mit den Gesetzen zur Kommunalisierung der Aufgaben der Versorgungsämter sowie der Aufgaben nach dem Umweltrecht nicht eingehalten. Deutlich wird das bei der Erhöhung der Beteiligung der Kommunen an den Krankenhausinvestitionskosten von 20% auf 40%, der Reduzie-

rung der Erstattungen für die Schülerbeförderung, den massiven Kürzungen der Sachmittel für die pädagogische Arbeit sowie der Streichung der Landesmittel zum Ausgleich der Elternbeiträge in den Kindertagesstätten. Der besonders dreiste Versuch des Landes, die Kommunen überhöht an den an den einheitsbedingten Lasten für das Land NRW zu beteiligen, konnte erst vor dem Verfassungsgerichtshof Münster gestoppt werden.

Die Kommunen werden darüber hinaus durch die Unternehmensteuerreform zusätzlich belastet, denn NRW hätte 2008 insgesamt rund 800 Millionen EUR mehr in der Landeskasse. Dadurch gehen auch den Kommunen finanzielle Mittel anteilig entsprechend verloren. Für die Gewerbesteuereinnahmen sagen die Steuerschätzer für 2008 einen Rückgang um 7,7 Prozent – das entspricht bundesweit 2,5 Milliarden Euro – auf 30,6 Milliarden Euro voraus. 2009 wird ein leichter Wiederanstieg auf 31,7 Milliarden Euro erwartet, doch bleiben die Gewerbesteuereinnahmen auch dann unter dem Niveau von 33,1 Milliarden Euro in 2007. Ab 2012 sollen zwar nach Ansicht des Bundesfinanzministeriums die Gemeinden Mehreinnahmen erzielen können. Im Zeitraum 2008 bis 2011 sind aber bei den Gemeinden wahrscheinlich rund 2 Mrd. EUR Mindereinnahmen kumulativ „aufgelaufen.“

Die konkreten Auswirkungen auf die NRW-Kommunen können nur prognostiziert werden. Neben den Unternehmenssteuerausfällen gibt NRW den Kommunen nach Aussagen des Städte- und Gemeindebundes im Jahr 2008 rund 900 Mio. EUR an Steuermehreinnahmen nicht weiter. Dadurch wird die ohnehin angespannte finanzielle Situation vieler Städte und Gemeinden weiter verschlechtert und es entsteht noch mehr Druck, kommunales Eigentum zu privatisieren und die Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge einzuschränken. Diese neoliberal gewollte Entwicklung, die zu Verschuldung, Privatisierung und Abbau der öffentlichen Daseinsvorsorge führt, lehnt DIE LINKE ab.

DIE LINKE tritt ein für:

- eine grundlegende Änderung des kommunalen Finanzsystems. Ziel muss es sein, in den Kommunen zu einer möglichst gleichen pro Kopf Finanzausstattung zu kommen;
- die Berücksichtigung der demografischen Situation, ebenso wie die der besonderen Funktion von Städten;
- die Beendigung der interkommunalen Konkurrenzsituation und die damit verbundene Gewerbesteuererhebungsspirale, damit es in vergleichbaren Städten und Kommunen zu gleichen Gewerbesteuerhebesätzen kommt;
- die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer und jeder anderen wirtschaftskraftbezogenen Steuerquelle (Art. 28 Abs. 2 Satz 3 GG). Die Gewerbesteuer muss zu einer Wertschöpfungssteuer entwickelt werden, d. h., ihre Bemessungsbasis soll durch Einbeziehung ertragsunabhängiger Elemente wie Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzgebühren deutlich verbreitert und damit zugleich deren derzeit hohe Konjunkturabhängigkeit eingeschränkt werden;
- die Ausdehnung der Steuerpflicht auf Freiberufler, wie Ärzte, Anwälte, Architek-

ten. Dieser Personenkreis soll die neue Steuerlast aber mit der Einkommensteuer verrechnen können. Gleichzeitig sollen die Möglichkeiten für Verlustvor- und -nachträge bei der Gewerbesteuer zeitlich und der Höhe nach begrenzt werden. Die Gewerbesteuerumlage von den Gemeinden an Bund und Länder wird gänzlich abgeschafft;

- die Neuausrichtung der Grundsteuer unter verstärkter Berücksichtigung ökologischer und stadtentwicklungspolitischer Belange. Dazu werden die längst veralteten Bewertungsgrundlagen (Einheitswerte) durch eine realistische, gleichmäßige Bewertung von Grund- und Immobilienvermögen abgelöst;

- die Neuordnung der Anteile des Bundes, der Länder und insbesondere der Kommunen an den Gemeinschaftssteuern. Ziel ist, dass gerade die finanzschwächeren Kommunen stetig und deutlich mehr Geld bekommen. Dazu soll der Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer erhöht werden;

- die Wahrung des Konnexitätsausführungsgesetzes bei der Verlagerung von Aufgaben des Landes auf die Kommunen. Aufgaben dürfen nur im Einvernehmen mit den Kommunen übertragen werden. Bei der Beteiligung der Kommunen an den einheitsbedingten Lasten müssen die Vorgaben des Gemeindefinanzreformgesetzes eingehalten werden und die Überzahlungen durch die erhöhte Gewerbesteuerumlage kurzfristig und in einem transparenten Verfahren in vollem Umfang an die Kommunen zurückgezahlt werden;

- die Einschränkung der Rechte der Kommunalaufsicht zum Eingriff in die kommunalen Haushalte. Insbesondere der Konsolidierungszeitraum für nicht ausgeglichene Haushalte muss über die festgeschriebenen 4 Jahre hinaus erweitert werden;

- einen kommunalen Finanzausgleich in den Ländern, damit in angemessener Weise die Aufgaben Defizitfinanzierung, Erhöhung der kommunalen Investitionskraft, Herstellung von Chancengleichheit zwischen den so genannten „Leuchttürmen“ und den benachteiligten Gebieten, Ausgleich ökonomischer und sozialer Strukturprobleme sowie zwischen Stadt und Umland erfüllt werden können;

- die Beendigung indirekter Unternehmenssubventionierung durch das Überangebot an Büro- und Gewerbeflächen;

- eine soziale Stadt für alle, die dem Gemeinwohl verpflichtet ist und gegen den Umbau der öffentlichen Verwaltung zu einem Konzern;

- Die Umstellung der kommunalen Haushaltssystematik von der Kameralistik auf das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) darf in der Praxis nicht zu einem weiteren Einzug betriebswirtschaftlicher Philosophie in die Kommunalverwaltungen führen. Für DIE LINKE in NRW sind kommunale Leistungen keinesfalls „Produkte“. Schulen und Kinderbetreuung sind keine Handelsware!

- Notwendig sind einheitliche Vorgaben für die Grundstruktur des Haushaltes. Die freie Zusammenfassbarkeit von kommunalen Leistungen zu globalen „Produkt“strukturen hat in der Praxis häufig zu Intransparenz geführt und dadurch die kommunalpolitische Haushaltskontrolle massiv erschwert.

- Die Orientierung des NKF-Haushaltes auf eine verursachungsgerechte Verbu-

chung von Ressourcenverbrauch im jeweiligen Haushaltsjahr darf nicht zu dem falschen Schluss führen, dass ausschließlich Haushaltsstabilität intergenerative Gerechtigkeit bedeutet. Die Vorhaltung einer leistungsstarken kommunalen Infrastrukturlandschaft ist schließlich auch im Interesse kommender Generationen. Die sogenannten Abschreibungen weisen dahin gehend die Mindesthöhe kommunaler Investitionen zum Erhalt der Infrastruktur aus. Die Dokumentation des kommunalen Eigenkapitals in der allgemeinen Rücklage als Beleg für die tatsächliche Finanzkraft der Kommunen kann außerdem helfen, die neoliberale Phobie vor fremdkapitalfinanzierten Infrastrukturinvestitionen zurückzudrängen.

- ein Verbot des Einsatzes von Zinsderivaten in der kommunalen Finanzwirtschaft, weil dadurch kaum abzuschätzende Risiken entstehen und eine Ablehnung von sog. PPP (Public private Partnership) Modellen;

20. Für eine demokratische und soziale Regionalentwicklung und Bodenordnung!

In vielen Fällen lassen sich die Aufgaben der Kommunen nicht in den Grenzen einer Stadt oder eines Kreises bewältigen. Ob es um die Versorgung mit Strom, Gas und Wasser oder um die Abfallbeseitigung geht, regionale Zusammenarbeit ist oftmals zwingend erforderlich. Auch bei Freizeit und Kultur nutzen die Menschen in Städten und Gemeinden nicht nur die Angebote ihres Wohnortes.

Dem entspricht jedoch weder das Denken und Handeln vieler politisch Verantwortlicher in der Kommunalpolitik, noch der politische Planungs- und Entscheidungsaufbau. Die kommunale Politik ist häufig von Standortkonkurrenz geprägt. Diese produziert vereinzelt Gewinner, aber immer auch Verlierer.

DIE LINKE stellt sich gegen eine solche Politik. Denn so wird wirtschaftliche und soziale Sicherheit in der einen Kommune durch Arbeitslosigkeit und Sozialabbau in anderen erkaufte. Für uns gilt es, Konkurrenz abzubauen und durch Kooperation zu ersetzen.

Die Kommunen stehen auch bei Baulandpolitik und Bodenordnung vor neuen Herausforderungen. Die Rahmenbedingungen haben sich entscheidend verändert. Der wachsende Einfluss privater Investoren und Projektentwickler führt zum Bau neuer Einkaufszentren auf der grünen Wiese und anderen Standorten, die nicht angebunden sind. DIE LINKE will eine nachhaltige Siedlungsentwicklung statt Niedergang des innerstädtischen Einzelhandels. Als Probleme kommen hinzu: die Haushaltssituation der Kommunen, das Angebots- und Preisgefälle zwischen Stadt und Umland oder die soziale Trennung nach Bevölkerungsgruppen in den Wohngebieten.

Das Privateigentum an Grund und Boden ist eines der zentralen Hindernisse für eine soziale, ökologische und demokratische Entwicklung in Stadt und Land. Den Mechanismen des privaten Bodenmarktes können die Kommunen nur in begrenz-

tem Umfang entgegenwirken. Es fehlen ihnen häufig die finanziellen und rechtlichen Mittel. Wir brauchen endlich eine tatsächlich „dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodenordnung“, wie es das Baugesetzbuch fordert. Diese baut auf Grundsätzen auf: Eine plangerechte Nutzung von Baugrundstücken wird gefördert. Der sparsame Umgang mit dem Boden wird erleichtert und die Zersiedlung der Landschaft gebremst. Den Gemeinden wird bei der Finanzierung ihrer Aufgaben geholfen.

Neue Steuerungsmöglichkeiten der Bauleitplanung sind erforderlich. Diese müssen die Städte und Gemeinden jedoch auch aktiv nutzen. DIE LINKE steht für eine solche Politik. Denn das beste Planungsrecht nützt nichts, wenn die Kommunen von den angebotenen Instrumenten keinen Gebrauch machen.

DIE LINKE tritt ein für:

- eine nachhaltige Raumentwicklung. Diese muss die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringen;
- die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilräumen des Landes;
- beide Ziele sind zwar im Raumordnungsgesetz festgeschrieben, Politik und Verwaltung finden jedoch immer wieder Wege, diese zu missachten. DIE LINKE ist die Partei, die diesen Zielen konsequent verpflichtet ist und ihre Politik gegen alle Widerstände auf ihre Erreichung ausrichtet;



- eine Intensivierung der Kooperationen zwischen den Kernstädten und ihrem Umland, wie es z. B. mit der Städteregion Aachen geplant ist;
- die Stärkung der Landschaftsverbände. Denn sie nehmen für die Städte wichtige Funktionen bei der Erfüllung überörtlicher kommunaler Aufgaben wahr. Außerdem ermöglichen sie eine gerechte Lastenverteilung unter Städten und Gemeinden;
- eine Reform der Bodenbesteuerung, die Bodenspekulation erschwert und leistungslose Gewinne aus Bodenverkäufen verringert. Außerdem das Horten von bebaubaren Grundstücken unattraktiv macht und damit das Baulandangebot erhöht;
- ein generelles Vorkaufsrecht der Gemeinden bei der Neuerschließung von Bauland. So könnten planungsbedingte Bodenwertzuwächse wenigstens zum Teil abgeschöpft werden. Versuche, planungsbedingten Bodenwertsteigerungen mit dem Planungswertausgleich abzuschöpfen, haben sich leider als wenig praktikabel erwiesen;
- eine Stärkung der Bau- und Nutzungsgebote, dies nicht nur aus städtebaulichen, sondern auch aus sozialen und wohnungswirtschaftlichen Gründen. Vielen Städten würde geholfen, brachliegende Baugrundstücke bebauen zu lassen, statt neues Bauland zu erschließen;
- eine aktive Bodenvorratspolitik der Kommunen;
- Konzepte einer „sozialen Bodenordnung“ für Städte, die in Wachstumsregionen liegen. Ein solches Vorgehen wird z. B. in der Stadt München seit Jahren erfolgreich angewandt.

Die LINKE setzt auf eine Strategie nachhaltiger Regionalpolitik, die auf ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielsetzungen zur Wirtschaftsentwicklung, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie zur Erhöhung der Ressourcenproduktivität basiert.

Dazu gehören für die LINKE vor allem die Revitalisierung und der Umbau der regionalisierten Struktur- und Arbeitsmarktpolitik in NRW.

Vor dem Hintergrund der mit den Hartz-Gesetzen umgesetzten Einführung von flächendeckenden Jobcentern waren 2004 die für Regionale Arbeitsmarktprojekte zuständigen EU-Regionalsekretariate zerschlagen und einer an den IHK-Regionen orientierten Neustruktur von Regionalen Wirtschaftsagenturen untergeordnet worden. Diese Unterordnung der Arbeitsmarktpolitik unter die Wirtschaftspolitik ist abzulehnen. Die Unternehmen sind nicht in erster Linie an Erhalt und Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, sondern an Gewinnen orientiert. Das zeigen die Erfahrungen an der Börse, wo Rationalisierungen und Arbeitsplatzabbau von Investoren mit Kurssteigerungen belohnt werden.

Als ersten Schritt setzt die LINKE sich für die Wiederbelebung der bewährten Instrumente und Verfahren der regionalisierten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik mit ihren konsensorientierten Entscheidungsstrukturen ein.

Die regionale Herstellung und Vermarktung von Produkten aus Handwerk und Landwirtschaft soll gefördert werden, um Transporte zu vermeiden und die regionale Wertschöpfung zu steigern.

Mit der LINKEN für soziale Gerechtigkeit und umfassende Demokratie vor Ort

Das Leben in der Kommune ist für den größten Teil der Menschen der wichtigste Bezugspunkt des persönlichen und sozialen Lebens. Er ist ähnlich wichtig und damit eng verbunden, wie das Leben mit der Familie oder in Partnerschaften. Wichtige Wünsche an ein gutes Leben konzentrieren sich auf die Kommune: Bezahlbarer und komfortabler Wohnraum; ausreichend, gute und sichere Arbeitsplätze; wenig Verkehrsbelastung und Lärm; eine intakte Umwelt und gut erreichbare Naherholungsgebiete; ein dichtes Nahverkehrssystem mit niedrigen Fahrpreisen und einfachen Netzтарifen; gute Schulen und Kindereinrichtungen; ein dichtes Versorgungsnetz im Gesundheitswesen; vielfältige Einkaufsmöglichkeiten, kurze Wege, vielfältige und bezahlbare Kultur- und Sportangebote für alle Alters- und Interessengruppen; bürgernahe Verwaltung; kostengünstige und ökologische sichere Abfallentsorgung; umweltfreundliche und sichere Energieversorgung. Die LINKE kämpft für das gute Leben und deshalb liegt ein wesentlicher Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit in der Kommune.

Die Kommunen sind jedoch keine Idylle, kein herrschaftsfreier Raum. Das Leben in der Kommune soll möglichst kostengünstig verwaltet, die Europa-, Bundes- und Landesvorgaben geräuschlos umgesetzt und das gesamte Leben den Erfordernissen der Marktwirtschaft und privaten Profitinteressen untergeordnet werden.

Die kommunale Selbstverwaltung ist substanziell ausgehöhlt worden zugunsten der oberen staatlichen Ebenen. Die Kommunen werden seit Langem finanziell ausgeblutet. Wirtschaftliche Eigenaktivität, alternative Produktionsformen und kulturelle Selbstbestimmung werden durch Gesetze, Verordnungen und gegebenenfalls auch ideologische Kampagnen immer weiter zurück gedrängt im Namen des angeblichen „Sachzwangs Globalisierung“ oder dem neoliberalen Grundsatz „privat vor Staat“.

An den Kommunalwahlen nehmen immer weniger Menschen überhaupt teil. Die größte Gruppe ist inzwischen die der NichtwählerInnen. Das ist die Quittung für die herrschende Politik des neoliberalen Parteienkartells von CDU, SPD, FDP und Grünen. Dahinter steht aber auch die tägliche Erfahrung, dass die Kommunalpolitik den wirklich mächtigen Strukturen ausgeliefert ist – privaten Unternehmerinteressen und der Landes- und Bundesebene. Große Teile der zugewanderten Bevölkerung dürfen mangels Wahlrecht gar nicht an den Wahlen teilnehmen. DIE LINKE findet sich damit nicht ab. Gesellschaftliche Frustration, Ohnmachtsgefühle, dauerhafte Wahlabstinz und Ausschluss von Wahlen sind gefährlich, sind die Brutstätte für rechtspopulistische und neofaschistische Demagogie und mit demokratischen Grundsätzen unvereinbar.

Die LINKE ist angetreten, sich mit diesem zentralen Widerspruch nicht abzufinden. Sie unterwirft sich nicht den angeblichen Spar- und Sachzwängen, sondern deckt die Interessen auf, die hinter diesen „Zwängen“ wirklich stehen.

Die LINKE kämpft für eine echte Selbstverwaltung und ein selbst bestimmtes Leben.

DIE LINKE ist keine Stellvertreterpartei, sondern ein Angebot an alle, die sich wehren und ihre Lebensbedingungen gemeinschaftlich gestalten wollen. Die LINKE hat sich gegründet und nimmt an Wahlen teil, um denen eine Stimme zu geben, deren Interessen missachtet, die verschwiegen und übergangen werden. Die LINKE will die Demokratisierung der Demokratie.

Die LINKE will deshalb vorrangig da sein, wo die Menschen leben und arbeiten: im Stadtteil und in den Betrieben, an Schulen und Universitäten. Die LINKE wird sich dort organisieren und für eine widerständige Politik aufstellen.

Unsere Kommunalpolitik wird die Grundsätze einer neuen sozialistischen Politik immer wieder erkennbar machen:

- Unsere Kommunalpolitik ist demokratisch und emanzipatorisch. Unsere Kommunalpolitik ist darauf gerichtet, Entscheidungen partnerschaftlich mit den Menschen zu treffen und umzusetzen bzw. Entscheidungen direkt der Gesellschaft zu übertragen. Dazu gehören umfassende Information der Einwohnerschaft, öffentliche Versammlungen, bürgerschaftliche Beiräte auf allen wichtigen Handlungsfeldern der Kommunalpolitik; umfassende Bürgerbeteiligung in Haushaltsfragen sowie Bürgerbegehren und Bürgerentscheide zu fairen Bedingungen.
- Unsere Kommunalpolitik ist vom Grundsatz sozialer Gerechtigkeit geleitet. Chancengleichheit für alle in der Bildung und Ausbildung, im Berufsleben und bei der kulturellen Teilhabe haben für uns oberste Priorität. Soziale Sicherheit angesichts wachsender Lebensrisiken in allen Lebensabschnitten ist für die LINKE programmatischer Kernbestandteil.
- Unsere Kommunalpolitik ist vom Grundsatz der Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit geprägt. Ressourcenschonung, Natur- und Umweltschutz, die weitgehende Ablösung der Wirtschaft auf Basis fossiler Energieträger zugunsten umweltverträglicher Techniken und Verfahren sind inzwischen zur Überlebensfrage der Menschheit geworden. Umweltschutz und soziale Sicherheit bilden für uns keinen Gegensatz, sondern eine Einheit.

DIE LINKE wird in ihrer Politik den Gegensatz von dem, was möglich ist, und dem, was von anderen nicht zugelassen wird, immer wieder aufdecken und Alternativen aufzeigen. Wir wollen mit allen Menschen, die sich uns anschließen und mit allen, die daran Interesse haben, gemeinsam für eine andere und bessere Art von Leben kämpfen.

DIE LINKE will eine umfassende kommunale Selbstverwaltung, sie will Kommunen mit widerständigen, informierten und selbstbewussten EinwohnerInnen.

Zur Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge, für das kommunale Handeln

im Interesse der Mehrheit, aber auch für die legitimen Interessen von gesellschaftlichen Minderheiten brauchen wir einen starken öffentlichen Sektor. Die Beschränkungen der wirtschaftlichen Betätigung für die kommunale Ebene müssen zurückgenommen und ihre Rechte erweitert werden. Der Versuch von EU-Kommission und

NRW-Landesregierung, das öffentlich-rechtliche Sparkassenwesen zugunsten privater Banken auszuhebeln, muss verhindert werden. Die Handlungsfähigkeit der kommunalen Ebene muss durch eine umfassende staatliche Finanzreform, eine Neuaufteilung des Steueraufkommens und weitreichende Mitbestimmungsrechte gegenüber den übergeordneten staatlichen Ebenen wiederhergestellt und gesichert werden.

DIE LINKE ist deshalb die Alternative zu den etablierten Parteien. Sie ist die Alternative gegen eine Politik der Verarmung, Ausgrenzung und Spaltung, wie sie von den herrschenden Koalitionen oder absolut Regierenden mit ihren Oberbürgermeistern, Bürgermeisterinnen und Landräten betrieben wurden. Sie ist nach über einem Jahrzehnt des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft und einem immer mehr zunehmenden Kurs der Privatisierung vor allem von CDU/FDP aber auch die Alternative zu SPD und Grünen, die diese Politik erst gesellschaftsfähig gemacht und dann mit der Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen auf allen Ebenen, bis in die Kommunen, durchgesetzt haben.

Programmatischer Dreiklang

Unsere kommunale Arbeit hat immer drei unauflöslich verbundene Bestandteile:

- Widerstand und Protest,
- den Anspruch auf Gestaltung sowie
- über den Kapitalismus hinausweisenden Alternativen.

DIE LINKE wird gesellschaftlichen Protest, den Einsatz für soziale Verbesserungen, die Entwicklung von Reformalternativen unter den gegebenen kapitalistischen Verhältnissen und die Gestaltung von Entwicklungswegen, die über die gegenwärtige Gesellschaft hinausweisen, zusammenführen. Keiner dieser drei Aspekte wird zu Gunsten der anderen vernachlässigt werden.

Sozialistischer Kommunalpolitik sind Grenzen gesetzt, denn aus den Zwängen der Gesamtgesellschaft kann sich eine Kommune allein nicht lösen. Erst wenn ein bundespolitischer Politikwechsel eingeleitet worden ist, bestehen in den Kommunen ausreichende Voraussetzungen, um tief greifende Verbesserungen zu erreichen. Auf dem Weg dahin wollen wir auf kommunaler Ebene alles erreichen, was möglich ist und den gesamtgesellschaftlichen Politikwechsel mit vorantreiben.

Widerstand und Protest

DIE LINKE ermutigt und unterstützt gesellschaftliche Selbstorganisation, Widerstand und bürgerschaftliches Engagement. Gemeinsam mit Initiativen, Vereinen und Verbänden protestieren wir gegen den Abbau sozialer Sicherungen und demokratischer Rechte, kämpfen wir für ihren Erhalt und Ausbau, fördern wir Umwelt- und Naturschutz und werden öffentlich dafür werben, dass auch in den Kommunen die Weichen für ein soziales, nachhaltiges und emanzipatorisches NRW gestellt werden.

Wir wollen dazu beitragen, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nachhaltig zu verändern. Gemeinsam mit starken Kräften der Gewerkschaften, globalisierungskritischen und anderen sozialen Bewegungen, der Umweltbewegung, der Friedensbewegung und der Frauenbewegung, mit gesellschaftskritischen Initiativen und progressiven Vertretern aus Wissenschaft und Kultur stellen wir uns aktiv gegen den Neoliberalismus und alle Unterdrückungsverhältnisse in der Gesellschaft. Als Partei werden wir die Anliegen und Aktivitäten dieser Bewegungen aufgreifen und mit unseren zusätzlichen Möglichkeiten unterstützen. Unsere Mitglieder werden in diesen Bewegungen aktiv mitarbeiten, ohne sie zu instrumentalisieren.

Gerade in der Kommune wird nur etwas zu bekommen, zu gestalten und zu verteidigen sein, wenn es genügend öffentlichen Druck gibt, wenn sich die Menschen für die Durchsetzung ihrer Belange mobilisieren.

Gestaltung

Wir stehen in grundsätzlicher Opposition gegen diejenigen Kräfte, die in den Kommunen eine reaktionäre und neoliberale Politik betreiben. Gleichzeitig ergreifen wir immer und überall die Gelegenheit, um wirkliche Verbesserungen durchzusetzen.

Seit vielen Jahren treten wir mit unserem Engagement und mit unseren gewählten MandatsträgerInnen bereits den Beweis an: Wir unterstützen nicht nur berechtigte Proteste und halten gegen, sondern unterbreiten konkrete Vorschläge und werben für ihre Umsetzung. Unsere kommunale Arbeit zielt eben auch drauf ab, hier und heute die Lebenslage der Menschen zu verbessern.

Unsere Praxis beweist: Die VertreterInnen der LINKEN. in den Räten, Bezirksvertretungen, Kreistagen und kommunalen Vertretungskörperschaften wollen sich nicht bereichern, sie beteiligen sich nicht an prinzipienlosem Kuhhandel, sondern engagieren sich für unser Programm an der Seite der Bevölkerung.



*Karl Marx auf dem Rathaus-
turm in Köln*



Die Erfolge der Partei DIE LINKE haben dazu geführt, dass das Thema soziale Gerechtigkeit bei den etablierten Parteien überhaupt erst wieder diskutiert wird und überall ein Thema ist. Dort, wo die neoliberale Parteienallianz aus CDU, SPD, Grünen und FDP jedoch noch stark genug ist, wird die wirtschaftshörige Politik fortgesetzt. Um wirklich eine Politik im Interesse der Menschen machen zu können, muss eine starke Partei DIE LINKE in die Parlamente einziehen. Bei der Kommunalwahl 2009 bietet sich hierfür eine einmalige Chance, die Vorherrschaft der schwarz-gelben Koalition endgültig zu überwinden und Städten und Gemeinden eine sozialere Prägung zu geben.

Systemalternative

DIE LINKE formuliert in ihren programmatischen Eckpunkten den Anspruch, „gemeinsam [...] dafür [zu streiten], dass der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte ist“. Diesen Auftrag gilt es auch in der kommunalen Arbeit im Auge zu behalten, indem sie dazu beiträgt, in der Bevölkerung das Bewusstsein der Notwendigkeit eines grundlegenden Politikwechsels zu verbreiten.

Diese Politik der Selbstbestimmung und des Widerstands ist bunt und radikal; mitunter ist sie auch voller Widersprüche. Sie entspricht in keiner Weise den glatten Konzepten und technokratischen Modellen anderer Parteien. Aber sie hat all den anderen etwas voraus: sie ist Leben.

**Links schlägt nicht nur das Herz,
Links ist die Zukunft.**

www.dielinke-nrw.de



DIE LINKE.
NORDRHEIN-WESTFALEN

Corneliusstraße 108 · 40215 Düsseldorf ·
Tel. 0211/35 89 07 · Fax 0211/35 89 08 ·
E-mail: lgs@dielinke-nrw.de
V.i.S.d.P.: Günter Blocks